

Sebastian Kurtenbach

# Präsenter Sozialstaat

Wie wir die Demokratie vor Ort stärken können

**FÜR EIN BESSERES MORGEN**

**FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG**

## FÜR EIN BESSERES MORGEN

### Ein Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung 2018–2020

Wachsende soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Polarisierung, Migration und Integration, die Klimakrise, Digitalisierung und Globalisierung, die ungewisse Zukunft der Europäischen Union – Deutschland steht vor tief greifenden Herausforderungen.

Auf diese muss die Soziale Demokratie überzeugende, fortschrittliche und zukunftsweisende Antworten geben. Mit dem Projekt *Für ein besseres Morgen* entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung Vorschläge und Positionen für sechs zentrale Politikfelder:

- Demokratie
- Europa
- Digitalisierung
- Nachhaltigkeit
- Gleichstellung
- Integration

#### Gesamtkoordination

**Dr. Andrä Gärber** leitet die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

#### Projektleitung

**Severin Schmidt** ist Referent für Sozialpolitik in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik.

#### Kommunikation

**Johannes Damian** ist Referent für strategische Kommunikation dieses Projekts im Referat Kommunikation und Grundsatzfragen.

#### Der Autor

**Dr. Sebastian Kurtenbach** ist Vertretungsprofessor für Politikwissenschaften, Schwerpunkt Sozialpolitik und kommunale Sozialpolitik an der Fachhochschule Münster. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der sozialwissenschaftlichen Stadt-, Migrations- und Konfliktforschung.  
Kontakt: Kurtenbach@fh-munester.de

#### Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

**Severin Schmidt** ist Referent für Sozialpolitik in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik und leitet das Projekt Für ein besseres Morgen.



Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter:  
[www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen](http://www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen)

# Präsenter Sozialstaat

Wie wir die Demokratie vor Ort stärken können

<b>Vorwort</b>	3
<b>ZUSAMMENFASSUNG</b>	4
<b>1. EINLEITUNG</b>	5
<b>2. DEMOKRATIEVERTRAUEN UND SOZIALPOLITIK: DER PRÄSENTE SOZIALSTAAT</b>	7
2.1 Der präsenste Sozialstaat: Annahmen zum Zusammenhang zwischen kommunaler Sozialpolitik und Demokratievertrauen .....	7
2.2 Räumliche Analysen als empirische Indizien .....	9
<b>3. NUTZUNG DER ENGEN HANDLUNGSSPIELRÄUME KOMMUNALER SOZIALPOLITIK</b>	16
3.1 Horizontale Angebotsordnung: Die Biografie als Grundlage kommunalen Handelns .....	17
3.2 Vertikale Angebotsordnung: Die Bedürftigkeit als Grundlage kommunalen Handelns .....	17
3.3 Heuristische Typisierung zur Bestimmung von Projekten, welche einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben .....	17
<b>4. SOZIALSTAAT VOR ORT</b>	20
4.1 Analytisches Vorgehen .....	21
4.2 Münster-Coerde: Dynamische Groß- und Mittelstädte mit Exklusionsgefahr .....	25
4.3 Leichlingen: Starkes (Um-)Land .....	27
4.4 Bergheim: Deutschlands solide Mitte .....	27
4.5 Bautzen: Ländliche geprägte Räume in dauerhafter Strukturkrise .....	27
4.6 Dortmund-Innenstadt Nord: Städtisch geprägte Regionen im andauernden Strukturwandel .....	34
<b>5. MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DER KOMMUNALEN DEMOKRATIEFÖRDERUNG</b>	38
<b>6. FAZIT</b>	39
Abbildungs- und Tabellenverzeichnis .....	41
Literaturverzeichnis .....	42



# Vorwort

Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschlands wünscht sich einen starken Sozialstaat. Laut einer von der OECD im Jahr 2019 veröffentlichten Umfrage, sind ganze 78 Prozent der Befragten der Meinung, „dass die Regierung mehr dafür tun sollte, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Absicherung zu gewährleisten“. Eine bemerkenswerte Aussage, wenn man bedenkt dass die Sozialleistungsquote in Deutschland schon jetzt bei knapp 30 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegt.

Eine Befragung, die im Jahr 2016 im Rahmen der FES-Studie „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ stattfand, ergab ein ähnliches Bild: 95 Prozent der Befragten waren etwa der Meinung, dass der Staat die Versorgung der Kranken sicherstellen sollte, 94 Prozent sahen die Sicherung eines angemessenen Lebensstandards für Ältere als Aufgabe des Staates an und ganze 86 Prozent forderten, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie staatlich gefördert werden soll. Bemerkenswert sind die Ergebnisse bei der Frage, in welche der deutsche Sozialstaat in Zukunft mehr investieren soll – das Ergebnis: Schulen (91 Prozent), Pflegeeinrichtungen (87 Prozent) und Kindertagesstätten (80 Prozent). Einrichtungen des täglichen Lebens „vor Ort“.

Vor dem Hintergrund dieser sehr klaren Haltung zum und der – auch im internationalen Vergleich – hohen Ausgaben für den Sozialstaat, erscheint eine große Zustimmung für das politische System naheliegend. Doch das ist nicht der Fall. In der aktuellen FES-Umfrage „Vertrauen in Demokratie“ geben über die Hälfte (53,4 Prozent) der Befragten an, dass sie unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland sind. In der Gruppe der Personen, die sich selbst als Arbeiter- oder Unterschicht sehen, liegt der Wert gar bei knapp 70 Prozent.

Die Arbeitshypothese der Sozialen Demokratie und anderer progressiver Kräfte ist jedoch, dass der Staat und seine demokratische Verfasstheit insgesamt durch einen leistungsfähigen Sozialstaat gestützt werden. Kurz: Keine funktionierende Demokratie ohne Sozialstaat. Die nun vorliegende Studie zum „präsentem Sozialstaat“ schärft gewissermaßen noch einmal den Blick. Die zentrale Frage ist, ob der „präsente Sozialstaat“ vor Ort, die Akzeptanz der Demokratie stärkt. Dabei waren weniger abstrakte Institutionen und Theorien für die Beantwortung der Fragen maßgeblich, sondern wie der Sozialstaat tatsächlich, täglich und persönlich vor Ort präsent ist, zum Beispiel bei Projekten der Jugendhilfe. Ohne die Ergebnisse der Studie vorweg zu nehmen, lässt sich sagen, dass die Beant-

wortung der oben genannten Arbeitshypothese weniger eindeutig ist als vermutet.

Zur Beantwortung der Frage haben die Autorinnen und Autoren neben einer Literaturrecherche eine umfangreiche Desktop-Recherche in fünf sehr verschiedenen Städten durchgeführt und auf Basis ihrer Erkenntnisse konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik vor Ort formuliert. Wir danken Prof. Dr. Sebastian Kurtenbach von der Hochschule Münster sehr herzlich für die gute Zusammenarbeit und wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

## SEVERIN SCHMIDT

Abteilung Wirtschafts und Sozialpolitik  
der Friedrich-Ebert-Stiftung

# ZUSAMMENFASSUNG

Ausgangspunkt der Studie ist die Annahme, dass durch sozialpolitische Maßnahmen auf der kommunalen Ebene Vertrauen in die Demokratie hergestellt werden kann. Dafür wird die Literatur aufgearbeitet, wobei sich zeigte, dass es für diese Überlegung bislang nur wenige empirische Studien gibt. Aufgrund der empirisch unzureichenden Grundlage wurde der Pfad einer konzeptionellen und empirischen Plausibilisierung eingeschlagen, um so die Voraussetzung zu schaffen, die angenommene Kausalbeziehung zwischen Sozialstaat und Demokratievertrauen in weiterführenden Arbeiten zu überprüfen. Die Annahme des Zusammenhangs zwischen sozialpolitischer Intervention und der Herstellung von Demokratievertrauen ist dabei eingebettet in das aufgestellte Konzept des präsenten Sozialstaats, um herauszuschälen, welche Art von Projekten einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben können. Anschließend werden, basierend auf den Ergebnissen der Studie „Ungleiches Deutschland – Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2019“, fünf Fallbeispiele ausgewählt, an denen die jeweilige Projektlandschaft exemplarisch untersucht wird. Dort werden jeweils 20 Projekte recherchiert und basierend auf einem heuristischen Vorgehen in einen additiven Index bepunktet, um abzuschätzen, ob sie einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben. Die Analyse bringt drei Kernergebnisse hervor: Der präsent Sozialstaat richtet sich sowohl an sozialstrukturellen als auch an sozialkulturellen Rahmenbedingungen aus und neigt unter den Bedingungen von Wohlstand und Demokratievertrauen zur Diversifizierung. Für Studien, welche auf den Ergebnissen aufbauen, empfiehlt es sich, detaillierte Informationen über die Projekte zu sammeln, was mit einem online-survey und/oder teilnehmenden Beobachtungen sowie Expertengesprächen abdeckt werden kann. Weiterhin ist die Erhebung der Einstellungen der Klienten unerlässlich. Hier sollte das Demokratievertrauen abgefragt und in Relation zur subjektiven sozialen Situation sowie dem Kontakt zum präsenten Sozialstaat gesetzt werden. Denn um die Wirksamkeit des präsenten Sozialstaats zu verstehen, braucht es die doppelte Betrachtung von Projekten und Klienten.

## 1

## EINLEITUNG

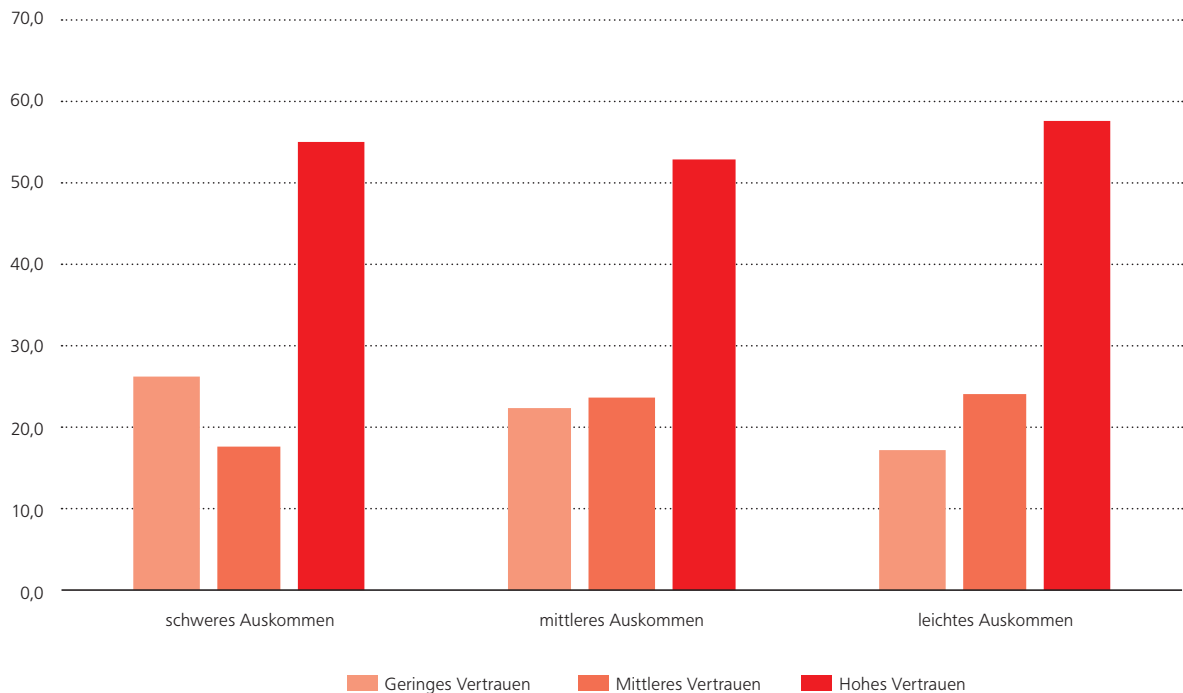
Deutschland befindet sich in einer Umbruchszeit, mitsamt positiver als auch negativer Dynamiken. Einerseits schaffen beispielsweise Digitalisierung, vermehrte demokratische Mobilisierung und zunehmender internationaler Austausch neue Chancen gesellschaftlicher Entwicklung. Andererseits bedrohen eine zunehmende soziale Spaltung, Nationalismus und ein Auseinanderdriften der regionalen Lebensbedingungen den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Das spiegelt sich auch in Umfragen wider, wie in der jüngst erschienenen Mitte-Studie (Zick et al. 2019) sowie der Studie „Vertrauen in Demokratie“ (Decker et al. 2019). Beide Arbeiten zeigen, dass die Demokratie zwar mit überwältigender Mehrheit befürwortet wird, zugleich aber ein Misstrauen gegenüber dem Staat geäußert wird.

Dieses Paradox einer Demokratiebefürwortung einerseits und dem Misstrauen gegenüber einem demokratisch verfassten Staatswesen andererseits war zwar bereits Gegenstand empirischer Untersuchungen, es ist aber bislang kein ausreichend gesichertes oder systematisiertes Wissen darüber vorhanden, wie diesem begegnet werden kann. Wir beobachten, dass das skizzierte Paradox in Zeiten des aufkeimenden Rechtspopulismus auftritt, der zur Ausgrenzung Geflüchteter häufig Argumente aufgreift, die Sozialneid widerspiegeln. Das narrative Muster ist, dass erst einmal denjenigen Bedürftigen geholfen werden sollte, die schon länger in Deutschland leben, und nicht Neuhinzuziehenden. Offenbar verfängt diese Argumentationsstruktur bei Teilen der Bevölkerung, und dies trotz häufig vermittelten Wissens zum Beispiel über die tatsächliche Höhe der Bezüge für Geflüchtete. Hier ist zur Kenntnis zu nehmen, dass die Narrative des Sozialneids und Nationalismus offensichtlich in Teilen der Bevölkerung, ob nun selbst von Armut betroffen oder nicht, lebensweltlich anschlussfähig sind. Das spiegelt sich auch in Zahlen wider. So sind nach dem ALLBUS 2018 (n=3.477) 78,6 Prozent der Bevölkerung eher zufrieden mit der Demokratie, 69,6 Prozent stimmen darüber überein, dass Politiker zu viel reden und zu wenig handeln und 42,3 Prozent vertrauen dem Bundestag gar nicht oder nur wenig. Etwas besser sieht es mit 56,9 Prozent mit dem Vertrauen in die Kommunalverwaltung aus. Abbildung 1 zeigt die Verteilung des Vertrauens in die Kommunalverwaltung in Abhängigkeit von der Frage, ob das eigene Auskommen als ausreichend wahrgenommen wird. Demnach sind rationale Argumente alleine kein tragfähiger Lösungspfad aus dem demokratischen Dilemma.

Zu erkennen ist, dass die kommunale Ebene insgesamt ein relativ hohes Vertrauen genießt. Allerdings gibt es Unterschiede. Diejenigen, die mit ihrem Einkommen aus der eigenen Perspektive schlecht auskommen, misstrauen ihr aber relativ häufig. Umgekehrt ist zu sehen, dass vor allem diejenigen, die nach eigenem Befinden mit ihrem Einkommen gut auskommen, der Kommunalverwaltung am ehesten vertrauen, wodurch auch angenommen werden kann, dass sie sich auch eher an kommunalpolitischen Prozessen beteiligen. Und tatsächlich hängt die Wahlbeteiligung in Deutschland auf der kleinräumigen Ebene mit dem ökonomischen Profil der Bevölkerung zusammen (Schäfer 2015). Dort wo die meisten von Armut betroffenen Menschen leben, ist zugleich die Wahlbeteiligung am geringsten, weswegen Schulz und Kollegen (2009: 192) mit Blick auf sozial segregierte Quartiere auch von „demokratiefreien Zonen“ sprechen.

Die sozialstrukturelle und soziokulturelle Spaltung unserer Städte, welche zunimmt (Helbig/Jähnen 2018), hat aber auch den Effekt, dass sich sozialpolitische Angebote räumlich konzentrieren, wodurch der Sozialstaat in mehreren Ebenen erfahrbar wird, darunter auch als präsender Sozialstaat, welcher unterstützend und befürwortend auftritt. Damit verbunden, aber nicht im Fokus der vorliegenden Arbeit, ist die Frage der Daseinsvorsorge, vor allem im strukturschwachen ländlichen Raum, wo Angebote des Sozialstaats wie eine angemessene Krankenhausversorgung oder Ausstattung mit einer erreichbaren Schulinfrastruktur strukturelle Lösungen benötigen. Hier ist bereits zu erkennen, dass mit dem Rückzug des Staates (nicht nur des Sozialstaates!) das Vertrauen in die Demokratie schwindet und Menschen entweder eher radikale Parteien wählen oder nicht mehr an der demokratischen Willensbildung teilnehmen. In dieser Arbeit wird der Blick aber auf die Wirkung vorhandener Angebote lokaler Sozialpolitik gerichtet, was eine Zuspitzung auf den engen Handlungsrahmen der Kommunen bedeutet. Hier ist hervorzuheben, dass zahlreiche Kommunen immer weniger finanziellen Handlungsspielraum haben, um Projekte zu initiieren, welche zugleich, häufig aufgrund von Förderprogrammen von Bund oder Länder, zu kurzfristig angelegt sind, um nachhaltig wirken zu können. Mit einer einseitigen Orientierung an Projekten gibt man sich der Illusion hin, dass durch Projektarbeit und nicht durch Strukturförderung Vertrauen in die Demokratie aufgebaut werden kann, was ohnehin ein langwieriger Prozess ist. Projekte können Schwerpunkte ausbilden, wodurch auf auftretende Her-

Abbildung 1

**Zusammenhang zwischen Vertrauen in die Kommunalverwaltung und subjektivem Einkommensstatus**

Quelle: ALLBUS 2018.

ausforderungen reagiert werden kann, sie ersetzen aber keine tragfähige Regelstruktur. Dennoch erscheint es grundsätzlich geboten, sowohl mit den Einrichtungen der Regelstruktur als auch mit Projekten das Vertrauen in die Demokratie zu verbessern. Damit rückt nicht das einzelne Projekt, sondern die Angebotslandschaft in das Zentrum des Interesses.

Die dieser Arbeit zugrundeliegende Frage ist: *Führt ein prä-senter Sozialstaat zur mehr Vertrauen in die (lokale) Demokratie?* Die abschließende Beantwortung dieser Frage kann auch die vorliegende Arbeit nicht liefern, ihr Ziel ist es aber, vorhandene Argumentationsstränge zusammenzutragen sowie eine empirisch informierte Typologie zu entwickeln, welche dazu dient, Projekte kommunaler Sozialpolitik nach ihrem Effekt auf die Demokratieakzeptanz zu analysieren. Im Ergebnis stehen so eine konzeptionelle und empirische Plausibilisierung der Annahme, welche in weiterführenden Studien geprüft werden sollte.

Dazu wird im folgenden zweiten Abschnitt das Verhältnis von Demokratievertrauen und Sozialpolitik besprochen, wobei das Konzept des präsenten Sozialstaats in den Vordergrund rückt. Im dritten Abschnitt werden dann Merkmale zur Bestimmung des demokratiefördernden Potenzials von Projekten und Einrichtungen als Ausdruck des präsenten Sozialstaats vorgestellt. Im vierten Abschnitt werden dann exemplarisch fünf Kommunen bzw. Stadtteile nahegehend untersucht und im fünften Abschnitt ein Fazit der Arbeit gezogen.



## 2

# DEMOKRATIEVERTRAUEN UND SOZIALPOLITIK: DER PRÄSENTE SOZIALSTAAT

Vertrauen ist ein unbestimmter Begriff, den Luhmann (2000) funktionalistisch fasst, indem er die komplexitätsreduzierende Leistung von Vertrauen betont. Die Grundidee ist, dass Gesellschaft zu komplex ist, als dass alle Prozesse kontrolliert werden könnten. Dafür bedarf es Vertrauen. Es ist damit eine Art Wette auf einen Prozessablauf, mit dessen Ergebnis bereits kalkuliert wird. In Bezug auf Demokratie bedeutet dies zweierlei. Zum einen, dass der demokratischen Entscheidungsfindung vertraut wird, dass die bestmögliche Lösung gefunden wird. Zum anderen, dass die so gefundenen Lösungen einen möglichst positiven Effekt auf das eigene Leben haben. Gefasst werden kann dies unter dem Begriff des *Systemvertrauens*, welcher abgekoppelt sein kann von *Personenvertrauen* (z.B. der Parteivorsitzenden) oder dem *Institutionenvertrauen* (z.B. dem Geheimdienst). In dieser Studie wird einzig das systembezogene Demokratievertrauen untersucht, nebst der Frage, ob und wie kommunale sozialpolitische Ansätze hier einen förderlichen Effekt haben können.

## 2.1 DER PRÄSENTE SOZIALSTAAT: ANNAHMEN ZUM ZUSAMMENHANG ZWISCHEN KOMMUNALER SOZIALPOLITIK UND DEMOKRATIEVERTRAUEN

Grundsätzlich ist es schwieriger, Vertrauen in Demokratie aufzubauen, als es zu verlieren. Das trifft sowohl auf der Personenebene zu, als auch für das Systemvertrauen. Zugleich gibt es zurzeit kein narrativ wirkungsmächtiges Gegenangebot eines politischen Systems, was sich auch in den hohen Zustimmungswerten zur Demokratie niederschlägt (Decker et al. 2019: 30). Allerdings darf hier Demokratiebefürwortung nicht mit Demokratievertrauen verwechselt werden. Denn ersteres bezieht sich auf ein abstraktes Ideal, letzteres auf das real erfahrbare politische System. Die Grundüberlegung der vorliegenden Arbeit ist, dass durch lokal erfahrbare sozialpolitische Maßnahmen das Vertrauen in die Demokratie erhöht wird. Der empirische Forschungsstand zu dieser spezifischen Beziehung ist aber eingeschränkt.

Eine weitverbreitete These ist, dass durch direkt erfahrbares und helfendes sozialstaatliches Handeln Vertrauen in die Demokratie gestärkt werde. Der helfende Staat erfahre demnach Zuspruch, während der prüfende oder gar sanktionierende Staat Misstrauen ernte (Kumlin/Rothstein 2005). Das treffe

auch auf wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen zu. Die Annahme: „Wenn der Wohlfahrtsstaat helfend auftritt, wird der Demokratie vertraut“, so simpel sie klingen mag, ist komplex und empirisch schwierig zu belegen. Zwar gibt es Makrountersuchungen, die den Zusammenhang zwischen dem Wohlfahrtsstaatsmodell (Esping-Andersen 1990) und der Befürwortung von Demokratie bzw. der Akkumulation von Sozialkapital (Gellissen et al. 2012, Kääriäinen/Lehtonen 2006, Schäfer 2010) herstellen. Basierend auf diesem einleuchtenden und in der Literatur allgemein akzeptierten Befund finden sich jedoch auch Ergebnisse, die in das Verhältnis von Wohlfahrtsstaat und Demokratievertrauen schwieriger einzuordnen sind. Beispielsweise zeigen Kumlin und Rothstein (2005) anhand von Umfragedaten aus Schweden (n= 3.685), dass ein prüfender und sanktionierender Wohlfahrtsstaat das Vertrauen in den Staat und damit indirekt auch in die Demokratie schmälert. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen auch Frykman und Kollegen (2009). „A strong dependency on welfare system hand-outs was met with a certain amount of distrust by those administering public institutions.“ (Frykman et al. 2009: 25). Allerdings steigt die Legitimationswahrnehmung des Staates, zum Beispiel in Form von Steuerehrlichkeit, wenn es einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat gibt, wie Eklund (1999) in einem Vergleich der USA und Norwegens zeigt. Eine weitere Studie zeigt, dass bei Zufriedenheit mit öffentlichen Angeboten dem Staat eher vertraut wird. Das ist selbst dann der Fall, wenn es sich um die Zufriedenheit mit nur einer staatlichen Stelle handelt, denn das Vertrauen in eine staatliche Institution hängt positiv mit dem Vertrauen in andere Institutionen zusammen (Christensen/Læg Reid 2005). Umgekehrt ist festzustellen, dass Unzufriedenheit mit staatlichen Institutionen in Misstrauen in die Demokratie münden kann (Riederer/Teitzer: 2012). Für Deutschland ist dies eher ein Grund zur Besorgnis, denn Kohl (2016) zeigt, dass hier der Wohlfahrtsstaat zwar positiv gesehen wird, die Umsetzung des wohlfahrtsstaatlichen Handelns aber nicht (Siehe auch: polis 2016: 19).

Bei der Erfahrung mit dem Wohlfahrtsstaat ist vor allem die Interaktionsebene zwischen Staat und Bürger\_innen von Interesse, da hier Vertrauen aufgebaut oder gefährdet wird. In einer ethnografischen Studie zur Praxis der Arbeitsermittlung zeigt Bettina Grimmer (2018), dass die soziale Praxis zwischen Arbeitsvermittlern und „Kunden“ nicht davon bestimmt ist, eine Arbeit zu finden, sondern dem System der Arbeitsvermittlung zu folgen. Es geht darum, Folgsamkeit des „Kunden“ herzustellen.

len, was einer Herstellung von Vertrauen entgegensteht. Durch die Anlage der Studie darf diese in ihrer Repräsentativität nicht überbewertet werden, sie zeigt aber einen Mechanismus, der Anschluss auch an die Befunde von Kumlin und Rothstein (2005) findet: Dass, wenn der Sozialstaat Bedürftigen gegenüber autoritär auftritt und soziale Wehrhaftigkeit, Kritikvermögen und den Wunsch nach Selbstbestimmung zu Gunsten einer unhinterfragten Pflicht zur Arbeit (Nonnenmacher 2009) sanktioniert, das Vertrauen in ihn geschmälert wird. Basierend auf dieser Argumentation ist der Sozialstaat nicht demokratiefördernd, sondern kann im Gegenteil sogar Demokratiemissvertrauen produzieren.<sup>1</sup>

Ein anderer analytischer Pfad ist die Untersuchung von Demokratieerfahrbarkeit, mit der Grundüberlegung, dass, wenn Demokratie und damit Teilhabe erfahren wird, diese auch befürwortet wird. Als Erfahrungsebene im Staatsgefüge wird dann die Kommune als „Schule der Demokratie“ postuliert (Bogumil/Holtkamp 2006: 9), selbst wenn sie keine gesetzgebende Kompetenz innehat. Die Annahme ist, dass demokratische Prozesse vor Ort unmittelbar erfahrbar und damit akzeptabel werden, was bedeutet, dass Demokratievertrauen durch eine Prozess- und nicht durch eine Ergebniserfahrbarkeit gewonnen würde. Dass die Kommunen damit zum „Rettungsanker der Demokratie“ werden, setzt allerdings voraus, dass sie handlungsfähig sind (Vetter 2011). Bei aller Hoffnung auf die vitalisierende Wirkung der kommunalen Ebene auf die Demokratie ist einzuwenden, dass die Wahlbeteiligung bei Kommunalwahlen meist unter der von Bundestags- oder Landtagswahlen liegt (Schäfer 2015). In Zeiten digitaler Medien ist es häufig leichter, Entscheidungen auf der Bundesebene nachzuvollziehen als auf der kommunalen Ebene. Dennoch bleibt das Argument der unmittelbaren Erfahrbarkeit kommunaler Politik, trotz Einschränkungen, bestehen. Die kommunale Ebene ist persönlicher und alltäglicher als die Landes- oder Bundesebene, da Verantwortungsträger unmittelbar ansprechbar sind. Dies ist allerdings nur zutreffend, wenn die Gebietskörperschaften nicht zu groß sind, sodass Kommunalpolitikerinnen nicht mehr bekannt sind. Ist dies der Fall, dann prägen diese gegebenenfalls nicht mehr den politischen Diskurs, was u.a. autoritärem Protest eine Diskurslücke bietet (Kurtenbach 2018: 279). Das wiederum bedeutet, dass kommunale Angebote eine unmittelbare Erfahrbarkeit von Politik, und damit auch von Sozialpolitik, bilden.

Zahlreichen Studien folgen diesem argumentativen Pfad, der sich auch im Leitbild der Bürgerkommune wiederfindet (Bogumil/Holtkamp 2002). Hier wird die Bürger\_in in unterschiedlichen Rollen, wie der der Auftraggeber\_in, der Kund\_in oder der Mitgestalter\_in gesehen und adressiert (Roß/Roth 2018). Die Kernidee ist, dass Bürger\_innen auf der einen Seite mehr Mitspracherecht bei der Ausgestaltung der Kommunalverwaltung bekommen, auf der anderen Seite aber durch Engagement auch in der Pflicht für ihre Kommune sind, wodurch sie zum mitwirkenden Souverän werden. Im Zuge dessen kommt

es zu mehr Bürgerbeteiligung, sowohl bei der Entscheidungsfindung als auch bei der Umsetzung von Entscheidungen. Ob dies aber zu einem erhöhten Demokratievertrauen führt, ist nie empirisch geprüft, sondern nur angenommen worden. Das Konzept der Bürgerkommune bezieht sich allerdings auf alle kommunalen Aufgaben und nicht alleine auf die der kommunalen Sozialpolitik.

Sozialpolitische Angebote, welche auf der kommunalen Ebene bestimmt werden und mit dieser verknüpft sind, bilden demnach die Brücke zwischen einer individuellen Bedürftigkeit und einem abstrakten, demokratisch verfassten Wohlfahrtstaat, den sie in Form von eigenen Angeboten ergänzen. Demnach ist die Kommune der Ort, an dem nicht nur Demokratie, sondern auch der Sozialstaat erfahrbar wird, was im Folgenden als *präsender Sozialstaat* bezeichnet wird. Das ist weniger ein analytisches Konzept als eine konzeptionelle Rahmung zur Herstellung von Demokratievertrauen durch kommunale Sozialpolitik.<sup>2</sup> Daraus folgt die Annahme, dass dem präsenten Sozialstaat das Potenzial zur Herstellung oder Förderung von Demokratievertrauen innewohnt. Durch fürsorgende Angebote auf der kommunalen Ebene wird signalisiert, dass der Staat sich um die Nöte der Bürger\_innen kümmert, Teilhabe ermöglicht und ein Mitspracherecht einräumt. Zudem werden, und das ist stets die Argumentation für kommunale Angebote, Bedarfe lokalspezifisch zugeschnitten und nicht normiert. Damit orientiert sich der präsende Sozialstaat am „Kunden“ und versucht ihn nicht für seine Angebote zu formen (Grimmer 2018).

Der präsende Sozialstaat ist aber nicht unbedingt als Regelangebot organisiert, was auch seine Anpassungsfähigkeit ausmacht. Zwar gibt es durchaus Regelangebote, z.B. der Jugendhilfe, die unter das Konzept des präsenten Sozialstaats fallen, aber eben auch zahlreiche Projekte, welche häufig durch Förderprojekte der Länder oder des Bundes finanziert werden. Von der Bürger\_in aus gedacht ist dies aber weniger erfahrbar, da die Kommune als Broker auftritt. Darüber hinaus gibt es kommunale Angebote, welche nicht unter den präsenten Sozialstaat fallen: One-stop-agencies, wie Bürgerämter, als Ausdruck einer bürgerfreundlichen Kommunalverwaltung (von Haldenwang 2002: 35), oder Bürgerbeteiligungsprozesse bei der Stadtentwicklung (Klages 2014). Das bedeutet aber nicht, dass diese keinen Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben. Im Rahmen dieser Arbeit werden aber ausschließlich sozialpolitische Maßnahmen auf der kommunalen Ebene betrachtet. Damit ist der präsende Sozialstaat von vier miteinander verwobenen Merkmalen charakterisiert.

- **Kundenorientierung:** Angebote werden an den Bedarfen der Kunden ausgerichtet und adressieren sowohl konkrete Probleme als auch Schnittstellenproblematiken. Beispiele sind Projekte, welche den Übergang zwischen Schule und Beruf für Jugendliche und junge Erwachsene möglichst unproblematisch gestalten sollen.

<sup>1</sup> Umgekehrt wissen wir nicht genau, welche Effekte ein freigiebiger Sozialstaat auf das Demokratievertrauen von Beitragszahlern hätte, da gegebenenfalls einzelne Menschen diese Freigiebigkeit missbrauchen könnten.

<sup>2</sup> Dabei wird der pluralistische Wohlfahrtstaat nicht infrage gestellt, welcher sich durch einen Angebotsmix sowie das Subsidiaritätsprinzip auszeichnet.

**Erfahrbarkeit:** Der präsenre Sozialstaat ist im direkten Umfeld der Bürger\_innen erfahrbar und nicht auf einen Ort, wie dem Rathaus, konzentriert. Die dezentrale Organisation des präsenten Sozialstaats greift hier auf Traditionen des deutschen Wohlfahrtsstaates wie das klassische Eberfelder Modell zurück, indem sowohl aufsuchende als auch quartiersbezogene Ansätze ermöglicht werden. Durch diese Lebensweltorientierung wird der Sozialstaat als Teil der Alltagswelt anerkannt und Barrieren abgebaut.

- **Fürsorge:** Angebote des präsenten Sozialstaats sind weniger sanktionierend als wertschätzend. Dadurch wird die Hemmschwelle der Inanspruchnahme gesenkt und dem Wohlfahrtsstaat Vertrauen entgegengebracht. Dabei ist das System lernend angelegt, wodurch Bedarfsmuster erkannt werden und sich entsprechend ausrichten. Das heißt aber ausdrücklich nicht, dass grundlegende Prinzipien, wie die Sanktion von Kindeswohlgefährdung, infrage gestellt werden.
- **Angebotsmix:** Der präsenre Sozialstaat besteht nicht aus einem Angebot oder eines einzelnen Typs von Angeboten, sondern aus einem Mix aus Angeboten in der jeweiligen Kommune oder eines Quartiers. Diese Angebotslandschaft setzt sich aus Regel- und Projektangeboten zusammen und passt sich den lokalen Bedarfsmustern an.

Damit ist die Ausformung eines präsenten Sozialstaats mehr der Ausdruck einer grundlegenden Strategie kommunaler Sozialpolitik als ein statisches Programm. Mit einer solchen Strategie wird die Kommune als fürsorgendes Staatselement erfahrbar, was in der Folge auch das Vertrauen in die Staatsform Demokratie erhöhen sollte. Strukturmaßnahmen der Kommunen, wie sozialer Wohnungsbau oder eine Qualitätsoffensive für die Kindertagesbetreuung, fallen demnach aber nicht unter die Sichtbarkeit des präsenten Sozialstaats, da die genannten Merkmale nicht auf diese Strategie zutreffen. Das bedeutet aber nicht, dass solche notwendigen Strukturpolitiken ausbleiben dürfen.

## 2.2 RÄUMLICHE ANALYSEN ALS EMPIRISCHE INDIZIEN

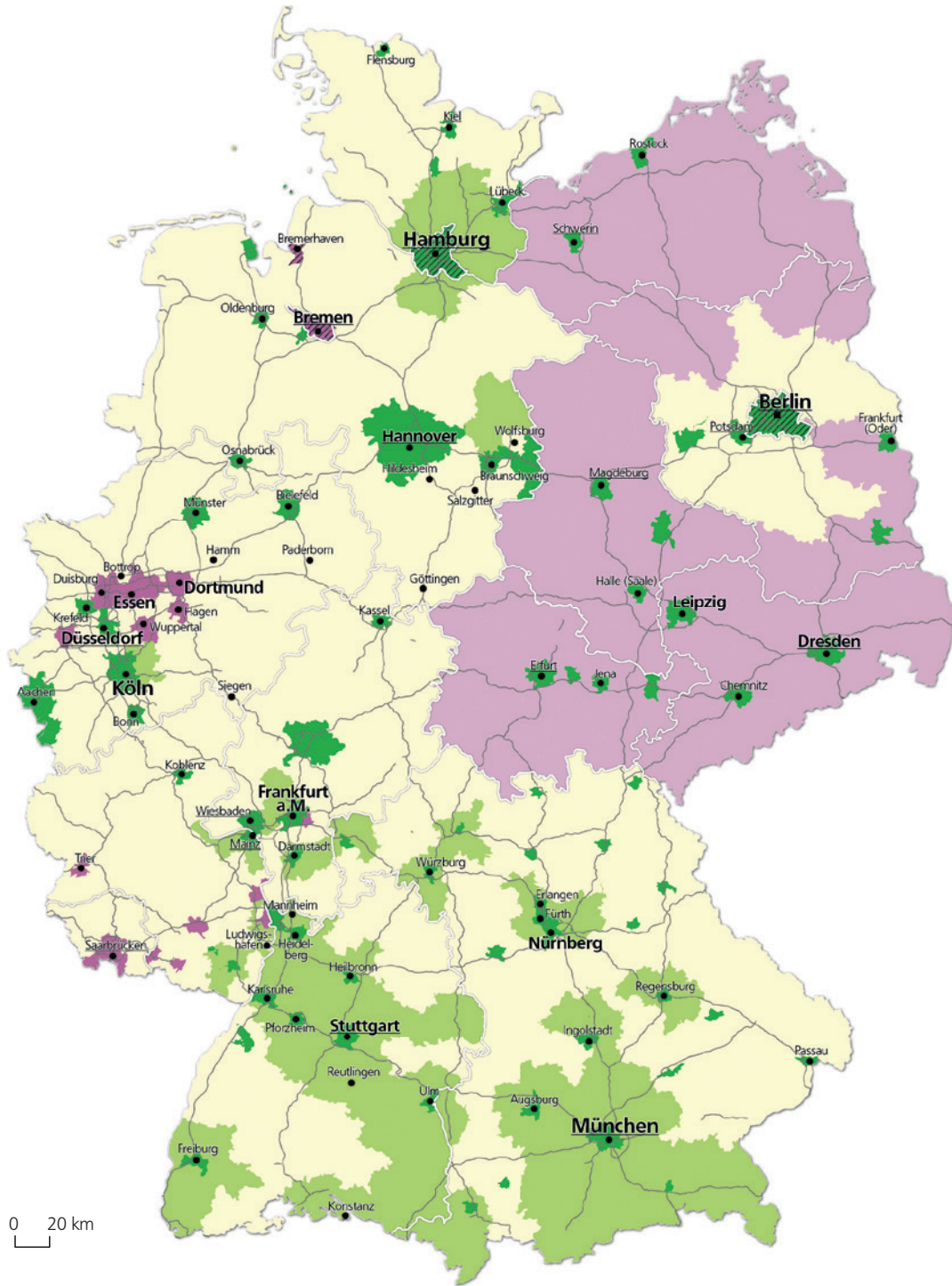
Die Wirkungsabsicht von Sozialpolitik bezieht sich stets auf die Auflösung oder Verminderung sozialer Ungleichheit. Aus einer räumlichen Perspektive sind verschiedene Ebenen zu berücksichtigen. Bereits regional gesehen ist Deutschland ein ungleiches Land. Beispielsweise untersuchen Fink und Kollegen (2019) soziale Disparitäten auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte mittels einer Clusteranalyse. In diese fließen Daten sowohl zur Beschäftigungslage, als auch zu Armut, zu kommunaler Finanzausstattung, demografischen Faktoren, Gesundheitsversorgung und Infrastruktur ein. Im Ergebnis stehen fünf Cluster, welche die Bandbreite der Lebensverhältnisse in Deutschland auf regionaler Ebene abdecken. Die gebildeten Cluster sind:

- **Dynamische Groß- und Mittelstädte mit Exklusionsgefahr:** Die Kommunen dieses Clusters sind vor allem wirtschaftsstarke urbane Zentren. Allerdings findet sich hier auch ein erhöhtes Risiko, dass einkommensschwache Haushalte vom Wohnungsmarkt exkludiert werden.
- **Starkes (Um)Land:** Meist im Umland von dynamischen Groß- und Mittelstädten mit Exklusionsgefahr gelegen, bilden sie deren „Speckgürtel“. Die Einkommenssituation in den Regionen ist im Durchschnitt sehr gut, ebenso wie die Infrastrukturausstattung.
- **Durchschnittliche solide Mitte:** Die Regionen liegen in der Ausprägung der in die Clusteranalyse eingeflossenen Indikatoren nahe dem bundesdeutschen Durchschnitt. Daher sind es eher unauffällige Gebiete, die sich sowohl in Ostdeutschland als auch in Mittel- und Westdeutschland finden.
- **Ländlich geprägte Räume in der dauerhaften Strukturkrise:** Vor allem ostdeutsche Regionen sind in diesem Cluster. Dort ist die Einkommenssituation eher unterdurchschnittlich ausgeprägt, die kommunale Verschuldung überdurchschnittlich hoch und die Infrastrukturausstattung schlecht.
- **Städtisch geprägte Regionen mit andauerndem Strukturwandel:** Dieser Regionentyp umfasst die altindustriellen Kommunen der alten Länder. Dort ist zwar die Infrastrukturausstattung relativ gut, die Arbeitslosigkeit aber hoch und ebenso die kommunale Verschuldung.

Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Kommunen, wie beispielsweise ihre unterschiedliche Finanzausstattung, berühren ihre sozialpolitische Handlungsfähigkeit. Denn sozialpolitische Maßnahmen der Kommune sind häufig freiwillige Aufgaben und müssen entweder komplett aus dem kommunalen Haushalt finanziert werden, oder es müssen entsprechende Projektgelder eingeworben werden. Dass es solche Disparitäten gibt, ist hinlänglich bekannt, und es wird unter dem Schlagwort der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse versucht, ebendiese Disparitäten soweit zurückzudrängen, dass es keinen negativen Effekt hat, in einer bestimmten Region zu leben (BMI 2019). Entscheidend ist aber, dass der präsenre Sozialstaat vor regional unterschiedlichen Herausforderungen steht und diese regionalen Rahmenbedingungen auch den Handlungsspielraum mitbestimmen.

Während auf der regionalen Ebene die Herstellung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse als eine Staatsaufgabe gesehen wird, ist dies innerhalb von Kommunen nicht der Fall. Das ist umso bemerkenswerter, da die sozialen Disparitäten innerhalb einer Kommune größer sind als zwischen Kommunen (El-Mafaalani et al. 2015). Und auch in der bisherigen Auseinandersetzung mit den Determinanten zur Herstellung von Demokratievertrauen auf der kommunalen Ebene wurde von Kommunen als relativ homogenen Gemeinwesen ausgegangen. Vor allem in Großstädten ist dies aber nicht zutreffend, hier sehen wir zunehmende soziale Spaltungen (Helbig/Jähnen 2018).

Abbildung 2  
Disparitätenkarte



- dynamische Groß- und Mittelstädte in Exklusionsgefahr
- starkes (Um-)Land
- Deutschlands solide Mitte
- ländlich geprägte Räume in der dauerhaften Strukturkrise
- städtisch geprägte Regionen im andauernden Strukturwandel
- Stadtstaaten Berlin, Hamburg, Bremen (ohne Daten für kommunale Finanzen)

Quelle: Fina et al. 2019: 6; Datengrundlage: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, Thünen-Institut, Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung, FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Bundesamt für Kartografie und Geodäsie, GeoBasis-DE/BKG 2018.

Zugleich ist zu sehen, dass demokratisch artikulierter Protest in Form der Wahl von Rechtspopulisten, ungleich über die Stadtteile einer Stadt verteilt sind. Beide Aspekte, sowohl die soziale Spaltung als auch die Wahl von Rechtspopulisten als Zeichen von Unzufriedenheit, rahmen die Herausforderungen des präsenten Sozialstaats. Daher wird im Folgenden ein Überblick über den Forschungsstand zu innerstädtischen räumlichen Mustern sozialer Ungleichheit und zur Wahl von Rechtspopulisten gegeben.

## SOZIALE SPALTUNG ALS HERAUSFORDERUNG DES PRÄSENTEN SOZIALSTAATS

Die Ungleichverteilung von Gruppen über die Stadtteile einer Stadt wird Segregation genannt. Neben der sozialen Segregation, welche die Ungleichverteilung von Einkommensgruppen meint, werden die klassischen Merkmale von ethnischer Segregation (Zuwanderergruppen) und demografischer Segregation (Altersgruppen/Haushaltstypen) untersucht (Strohmeier 2006). Hinzu kommen weitere Phänomene, wie die digitale Segregation (Kurtenbach 2019a). Die Untersuchung einer solchen Ungleichverteilung von Gruppen innerhalb einer Stadt ist auch deswegen notwendig, weil das Leben und Aufwachsen in sozial segregierten Wohngebieten eine benachteiligende Wirkung auf die Bewohner\_innen haben kann (Friedrichs/Blasius 2000, Kurtenbach 2017, Wilson 1987), wodurch sich die räumlichen Schwerpunkte des präsenten Sozialstaats ergeben.

In Deutschland ist seit Jahren eine zunehmende soziale Segregation in den Städten zu beobachten, und das sowohl in den bereits deutlich segregierten Städten der alten Länder, als auch in den noch relativ gemischten Städten der neuen Länder, was mehrere umfangreiche Studien zeigen (Friedrichs/Triemer 2009, Helbig/Jähnen 2018, Schröpfer et al. 2017). Zugleich ist zu beobachten, dass die soziale und die demografische Segregation immer enger aneinandergelockt sind (Helbig/Jähnen 2018), was bedeutet, dass Kinder immer häufiger in armutsgeprägten Stadtteilen aufwachsen, während es in wohlhabenden Wohngebieten anteilig immer weniger Kinder an der Bevölkerung gibt. Daraus resultiert das Problem, dass ein wachsender Anteil der nachkommenden Generation, soweit sie in Städten lebt, unter den Bedingungen von Benachteiligung aufwächst.<sup>3</sup> Mehr Dynamik ist beim Zusammenhang zwischen ethnischer und sozialer Segregation zu sehen, der sich abschwächt (Friedrichs/Triemer 2009), wahrscheinlich auch, weil Bildungsaufstiege von Zuwanderern immer häufiger gelingen, was auch an den Anstrengungen kommunaler Sozialpolitik liegt (El-Mafaalani/Kurtenbach 2014).

Die bereits angesprochene benachteiligende Wirkung sozial segregierter Wohngebiete wird als *Kontexteffekt* bezeichnet. Zahlreiche Arbeiten aus den letzten Jahren belegen, dass das Leben in sozial segregierten Wohngebieten einen negativen Effekt auf Erwerbchancen (Chetty et al. 2015, Strohmeier et al. 2015), Gesundheit (Groos/Kersting Friedrichs 2017, Strohmeier

2010), Bildungschancen (Nonnenmacher 2015, Terpoorten 2014), aber auch auf die Normen von Menschen hat (Anderson 1999, Heitmeyer et al. 2019). Eine solche benachteiligende Wirkung kann aber durch lebensweltorientierte sozialpolitische Angebote zumindest abgemildert werden (Kurtenbach/Schäfer 2015, Strohmeier 2009) und ist damit eine der erwarteten Wirkungen des präsenten Sozialstaats. Ziel ist es, dass die Wohngegend eines Menschen keinen zusätzlichen benachteiligenden Effekt ausübt, indem die jeweilige Herausforderungskulisse erkannt und adressiert wird.

Hierfür ist die klassische spatial mismatch-Hypothese zu nennen. Diese besagt, dass Kontexteffekte auch dadurch entstehen, dass in sozial segregierten Wohngebieten keine ausreichenden sozialen Angebote bestehen bzw. diese für die lokale Bevölkerung zu weit weg liegen oder eine schlechte Qualität aufweisen (Kain 1992). Sie reiht sich damit in die Perspektive der Stadt als Opportunitätsstruktur ein, was bedeutet, dass die Alltagsgestaltung in einer Stadt durch lebensweltlich verfügbare Ressourcen und öffentliche sowie private Dienstleistungen bestimmt wird. Je geringer eine solche Ressourcenkonzentration sei, desto höher sei das Risiko einer Benachteiligung (Galster 2012). Im Vergleich zu anglo-amerikanischen Städten ist das Risiko eines allzu hohen spatial mismatch in Deutschland nicht gegeben, da Instrumente wie die Schulbedarfsplanung oder die Jugendhilfeplanung dies abschwächen. Dennoch weist die Hypothese darauf hin, dass bei einem Fehlen der angemessenen Ressourcen benachteiligende Wirkungen sozial segregierter Gebiete besonders zum Tragen kommen, was einen Auftrag an den präsenten Sozialstaat bedeutet.

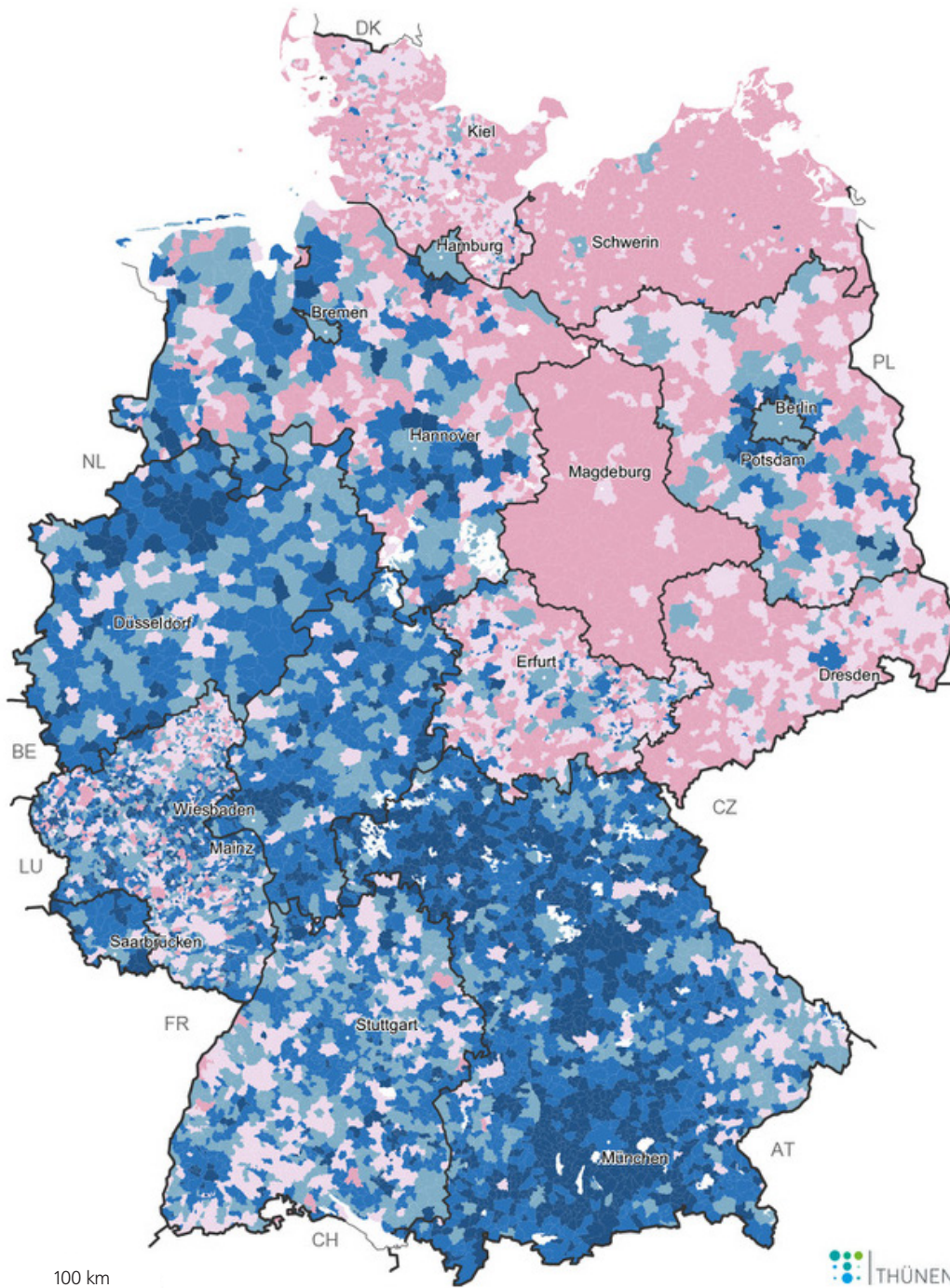
Alles in allem weist die soziale Spaltung deutscher Städte auf die Notwendigkeit einer angemessenen Angebotsverteilung hin, was unter dem Schlagwort „Ungleiches ungleich behandeln“ bereits seit längerem diskutiert wird (El-Mafaalani 2011, Strohmeier 2008: 500). Das bedeutet nicht nur, dass sozialpolitische Angebote dort konzentriert werden sollten, wo soziale Probleme bestehen, sondern auch, dass die Regelstrukturen, wie Schulen, eine angemessene Grundausstattung haben sollten. Soziale Segregation ist demnach ein organisatorischer Parameter des präsenten Sozialstaats, weist aber noch nicht auf das vorhandene Demokratievertrauen hin. Hierzu braucht es der Berücksichtigung räumlicher Wahlmuster.

## WAHLABSTINENZ ALS HERAUSFORDERUNG DES PRÄSENTEN SOZIALSTAATS

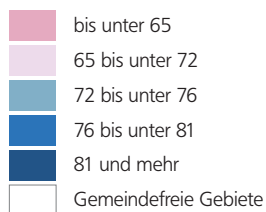
Bei der Betrachtung räumlicher Wahlmuster sind für die folgende Auseinandersetzung zwei Aspekte von Bedeutung: Zum einen die Wahlabstinenz als Ausdruck von Demokratieermüdung. Dabei muss die Entscheidung zur Wahlenthaltung auf der individuellen Ebene nicht unbedingt mit Demokratieermüdung, Desinteresse oder gar Demokratiefeindlichkeit verknüpft sein (Eilfort 2006). In der Summe eines Gemeinwesens hingegen reflektiert sie dies aber, vor allem bei medial stark begleiteten Bundestagswahlen. Zum anderen ist die Wahl von Rechtspopulisten, in diesem Falle beispielhaft an der AfD veranschaulicht, ein wichtiger analytischer Bezugspunkt. Denn sie ist Ausdruck von Unzufriedenheit mit realpolitischen Gegebenheiten

<sup>3</sup> Kleinräumige Analysen zu Kinderarmut im ländlichen Raum liegen für Deutschland nicht vor.

Abbildung 3  
**Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 auf Ebene der Gemeinden**



**Bundestwahlbeteiligung 2017 in Gemeinden in Prozent**



Datenbasis: Bundeswahlleiter, Destatis 2019  
 Geometrische Grundlage: GeoBasis-DE/BKG 2019  
 Räumliche Auflösung: Gemeinden

Quelle: <https://heimat.bund.de/atlas/wahlbeteiligung-bei-der-bundestagswahl-2017/>; Letzter Zugriff: 21.7.2019.

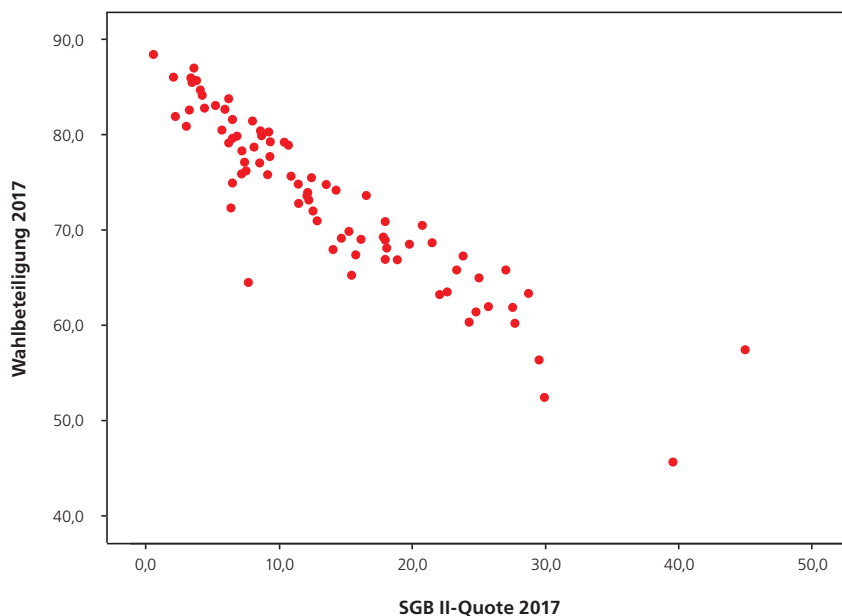
(Protesthypothese) sowie teils von demokratiefeindlichen Haltungen (Demokratiefeindlichkeitshypothese). Mittlerweile ist bekannt, dass Menschen, die dem rechtspopulistischen Wählermilieu nahestehen oder angehören, häufig ein rassistisches Weltbild haben (Schröder 2018), was aber nicht zuletzt durch Sozialneid angereichert wird (Vorländer et al. 2016: 94). Demnach müsste der Umkehrschluss einer abschwächenden Wirkung durch sozialpolitische (und nicht migrationspolitische) Maßnahmen zutreffen.

Abbildung 3 zeigt die Verteilung der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 auf Ebene der Gemeinden in Deutschland. Zu erkennen ist, dass vor allem in den strukturschwachen Regionen Ost- Mittel- und Norddeutschlands die Wahlbeteiligung relativ schwach ausgeprägt war. In Sachsen-Anhalt lag die Wahlbeteiligung bei 68,1 Prozent im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 76,2 Prozent. Der Wahlkreis mit der deutschlandweit geringsten Wahlbeteiligung ist der vom Strukturwandel geprägte Wahlkreis Duisburg II mit 64,8 Prozent. Das spricht dafür, dass in den Clustern „Ländlich geprägte Räume in der dauerhaften Strukturkrise“ sowie „Städtische geprägte Regionen mit andauernden Strukturwandel“ die Wahl-

beteiligung eher gering ist, wodurch der präsenste Sozialstaat eine wahlmotivierende Leistung erbringen kann, da, so die Annahme, mit ihm das Vertrauen in die Demokratie gesteigert werden könnte.

Noch deutlicher als die Unterschiede zwischen Regionen sind die Unterschiede innerhalb der Städte, selbst in solchen, die eine hohe Wahlbeteiligung haben und im Cluster „Dynamische Groß- und Mittelstädte mit Exklusionsgefahr“ liegen. Abbildung 4 zeigt den Zusammenhang zwischen SGB II-Quote und der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 auf Ebene der 86 Stadtteile der Stadt Köln. Deutlich zu sehen ist der negative Zusammenhang zwischen Armutsgefährdung und Wahlbeteiligung, der mit dem Gefühl der verlorenen Repräsentation einhergeht. Ein konsistenter Befund in der Untersuchung armutsgeprägter Lebenswelten ist das Gefühl der Exklusion (Bude/Lantermann 2006, Tobias/Böttner 1992, Kurtenbach 2017), weswegen die Wählerinnen und Wähler nicht mehr an Wahlen partizipieren. Allerdings ist die Wahlbeteiligung bei anderen Wahlen, wie Kommunal- oder Oberbürgermeisterwahlen, in sozial segregierten Stadtteilen noch geringer ausgeprägt.

Abbildung 4  
**Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 in Köln**



Quelle: Stadt Köln.

## ZUSPRUCH ZU RECHTSPOPULISTEN ALS SIGNAL FÜR DEN PRÄSENTEN SOZIALSTAAT

Die Wahl von Rechtspopulisten ist, neben der Wahlabstinz, ein weiteres Warnsignal für den präsenten Sozialstaat. Hier sind Menschen aber nicht desinteressiert, sondern frustriert und wütend. In Deutschland repräsentiert vor allem die AfD den rechtspopulistischen Diskurs und sie ist nunmehr die wohl am besten erforschte Partei Deutschlands. Die zahlreichen Arbeiten, die in den letzten Jahren entstanden sind, untersuchen sowohl die Wählerschaft (Bergmann et al. 2017, Kroh et al. 2017, Niedermeyer/Hofrichter 2017) als auch die Partei selbst (Pfahl-Traugber 2019, Schröder 2018). Für die Ausgestaltung des präsenten Sozialstaats sind allerdings die räumlichen Muster der Wahl von rechtspopulistischen Parteien besonders relevant, da sie zugleich einen Eindruck über die kommunalpolitischen Steuerungsmöglichkeiten geben. In diesem Sinne ist der Zuspruch zu Rechtspopulisten an einigen Orten ein warnendes Signal für die Ausrichtung des präsenten Sozialstaats.

Um die räumlichen Muster der Wahl von Rechtspopulisten jedoch interpretieren zu können, bedarf es des Rückgriffs auf vier prominente theoretische Ansätze, welche zugleich Hypothesen für die Erklärung der Wahl von Rechtspopulisten bilden. Erstens die *Kontakthypothese* von Allport (1954), die davon ausgeht, dass direkte Begegnung von Menschen, welche unterschiedlichen Gruppen zuzuordnen sind, wie Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte, Vorurteile gegenüber einer Minderheit senkt. Damit dieser Effekt eintritt, bedarf es allerdings Randbedingungen, wie die Einforderung von Toleranz, persönliches Kennenlernen, wahrgenommene Statusgleichheit sowie Kooperationswille. Alles in allem hat sich die Kontakthypothese in zahlreichen Studien bestätigt (Pettigrew/Troop 2006). Bei raumbezogenen Studien zur Wahl von Rechtspopulisten wird die Kontakthypothese häufig durch die Messung des Ausländeranteils oder der ethnischen Diversität bestätigt (z.B. Rydgren und Ruth 2013). Zweitens ist die *Konflikt- oder auch Bedrohungshypothese* zu nennen (Blumer 1958, Quillian 1995). Diese geht, genau im Gegensatz zur Kontakthypothese, davon aus, dass Kontakt von als unähnlich wahrgenommenen Gruppen die Vorurteile der Mehrheitsbevölkerung gegenüber der Minderheit erhöht. Hier ließe sich noch ergänzen, dass die Konflikthypothese vor allem dann zutrifft, wenn die Randbedingungen der Kontakthypothese nicht erfüllt sind. Auch die Konflikthypothese wird durch Messung des Anteils einer Minderheit in einem Stadtteil bestätigt. Drittens gibt es die *Hypothese der soziokulturellen Prägung eines Ortes*. Hier wird davon ausgegangen, dass der Zuspruch zu Rechtspopulisten vor allem auf geteilten Normen und Erfahrungen aus der Vergangenheit beruhen (Quent/Schulz 2015) oder durch einen wirkmächtigen Diskurs zustande kommt, in dessen Zuge Deutungsmuster so verändert werden, dass die Abwertung von Gruppen sozial legitimiert wird (Rosenberger/Haselbacher 2016, Kurtenbach 2019b). Viertens wird die Marginalisierungs-Deprivations-, Globalisierungs- oder auch *Modernisierungsverliererhypothese* breit diskutiert. Dieser liegt die Annahme zugrunde, dass Menschen eine vor allem finanzielle Benachteiligung empfinden, welche zu Unzufriedenheit führt (Lengfeld/Dilger 2018: 182). Dafür wird vor allem die sich globalisierende Wirtschaft verantwortlich gemacht, wodurch es zur gefühlten

Ohnmacht einerseits und zu Wut andererseits kommt (Heitmeyer 2018). Dabei sind keine absoluten ökonomischen Abstände zwischen Gruppen, wie Geflüchteten und länger Ansässigen, entscheidend, sondern die Interpretation der Gerechtigkeit der Verteilung von Geldern, was sich als Sozialneid ausdrücken kann. In Studien zu räumlichen Mustern der Wahl von Rechtspopulisten wird dies vor allem durch den Anteil von Menschen im Bezug von Sozialleistungen gemessen.

Für den präsenten Sozialstaat sind sowohl die Kontakt- als auch die Modernisierungsverliererhypothese von besonderer Bedeutung. Denn durch Projekte in sozial und ethnisch segregierten Wohngebieten, wie beispielsweise nicht-investive Maßnahmen im Programm Soziale Stadt, wird Kontakt zwischen Bewohnergruppen geschaffen. Sollte die Kontakthypothese zutreffen und die Projekte die Randbedingungen erfüllen, dann dürfte es nicht zu einem vermehrten Zuspruch für Rechtspopulisten kommen, aber zur erhöhten Beteiligung an Wahlen. Ähnlich ist die Wirkung von Projekten in Bezug auf die Ausprägung von Sozialneid zu interpretieren. Sollten Bemühungen des präsenten Sozialstaats erfolgreich sein, dann sollten Bürger\_innen die eigene Position nicht mehr als fragil interpretieren, wodurch eine Herabsetzung anderer Gruppen, wie Geflüchtete, nicht mehr rational erschiene. Zugleich wäre die Wirkung des präsenten Sozialstaats für Klientinnen und Klienten biografisch stabilisierend, wodurch auch ein Interesse an der Demokratie und zugleich ihre Befürwortung gefördert werden könnten.

Zur Untersuchung räumlicher Muster des Zuspruchs zu Rechtspopulisten wird in zahlreichen Fällen auf die Kontakt- bzw. Konflikthypothese zurückgegriffen, vor allem in anglo-amerikanischen Studien. Im Folgenden werden aber nur Studien zu Europa besprochen, da der nordamerikanische Kontext andere Rahmenbedingungen aufweist. Am Beispiel Schweden untersuchen Rydgren und Ruth (2013) den Effekt von Kontextfaktoren auf den Erfolg der rechtspopulistischen/rechtsextremen Schwedendemokraten, wobei mögliche halo-Effekte im Mittelpunkt des Interesses stehen. Als halo-Effekt sind in diesem Zusammenhang die Folgen einer spezifischen räumlichen Konstellation gemeint, nämlich ob Nachbarschaften von ethnisch homogenen Quartieren, welche an ethnisch diverse Quartiere angrenzen, eine verstärkte Fremdenfeindlichkeit aufweisen (Bowyer 2008, Klinger/Schaeffer 2017). Dazu verwenden sie sozialstrukturelle Daten, aber auch Wahlergebnisse der Parlamentswahl 2010 auf Ebene der Wahlbezirke (n=5.668). Ihre Ergebnisse spiegeln einen positiven Effekt von Arbeitslosigkeit auf die Wahl rechter Parteien wider, vor allem wenn es Nachbarschaften mit erhöhtem Ausländeranteil in unmittelbarer Nähe zur eigenen Nachbarschaft gibt. Allerdings finden sich hier systematische Unterschiede, denn der Anteil der EU-Ausländer hängt positiv mit dem Wahlerfolg von Rechtspopulisten zusammen, während ein erhöhter Anteil von Zuwanderern aus Drittstaaten einen negativen Effekt auf die Wahl von Rechtspopulisten haben. Die Autoren präsentieren die Interpretation, dass es sich vor allem um die Sorge um Wettbewerbsnachteile auf dem Arbeitsmarkt handelt, welche zur Wahl von nationalistischen Parteien führt. Umgekehrt kommt Valdez (2014) zum Ergebnis, dass Rechtspopulisten in Schweden dort Zuspruch erfahren, wo ein erhöhter Anteil „nicht-westlicher“ Zuwanderer lebt. Zudem finden sich auch bestätigende Arbeiten zur Kon-



takthypothese, wie die Arbeit von Steinmayr (2016) zum Zusammenhang zwischen der Anzahl Geflüchteter in Kommunen und dem Wahlerfolg der rechtspopulistischen FPÖ in Oberösterreich. Sein Ergebnis ist, dass die Zuwanderung Geflüchteter einen negativen Effekt auf die Wahl der FPÖ hatte. Auch Teney (2012) zeigt, dass die Wahl der rechtsextremen NPD bei der Bundestagswahl 2009 negativ mit dem Ausländeranteil im jeweiligen Wahlkreis zusammenhing.

Prominent ist die Hypothese, dass der Wahlerfolg von Rechtspopulisten durch Armut oder die Bedrohung von Armut, vor allem im Zuge der Globalisierung, zustande kommen würde (Lengfeld 2017; Rippl/Seipel 2018). Diese sozioökonomische Dimension scheint aber nur eine eingeschränkte Reichweite der Erklärung zu haben (Schröder 2018, Bergmann et al. 2017 Lux 2018), was ebenso für raumbezogene Studien zutrifft. In einer Arbeit zum Erfolg der AfD bei der Bundestagswahl 2017 auf Ebene der Wahlkreise zeigen Franz und Kollegen (2018), dass die Globalisierungsverliererhypothese eher für die neuen Länder zutrifft. Dagegen kommen Bergmann und Kollegen (2018) zum Ergebnis, dass die Überlegung von wahrgenommener Marginalisierung als Grund für die Wahl von Rechtspopulisten unzureichend sei und eher auf Wahltraditionen zurückgegriffen werden müsse, was für das Argument politischer Sozialisation spricht.

Weder die Kontakt- noch die Modernisierungsverliererhypothese alleine scheinen zuzutreffen, wohl aber ein Zusammenwirken von Kontakt- und Zukunftsängsten, sowie die politische Sozialisation. Für die Ausgestaltung des präsenten Sozialstaats bedeutet dies, dass gruppenbezogene Projekte alleine wahrscheinlich keinen direkten positiven Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben. Es bedarf zugleich der Vermittlung sozialer Sicherheit und Zuversicht, was durch eine „kümmernde“ Kommune zumindest unterstützt werden kann.

# 3

## NUTZUNG DER ENGEN HANDLUNGS- SPIELRÄUME KOMMUNALER SOZIAL- POLITIK

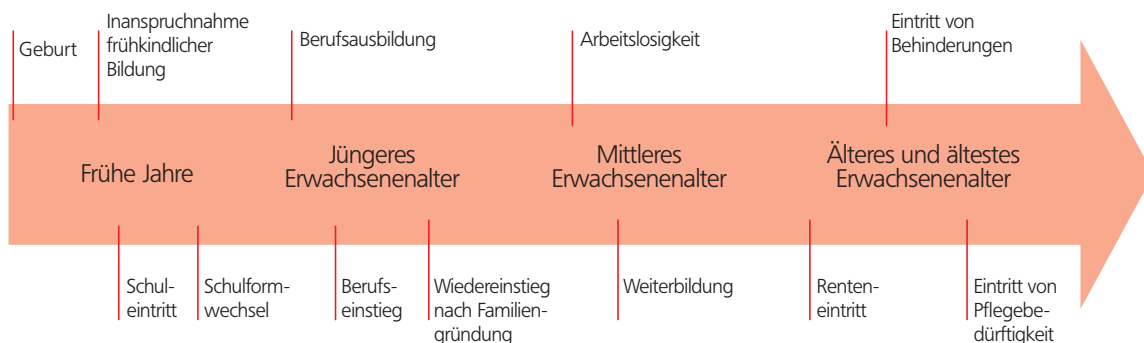
Grohs und Reiter (2014) haben ihre Expertise zur kommunalen Sozialpolitik treffend mit dem Untertitel „Handlungsoptionen bei engen Spielräumen“ benannt, zielten damit aber vor allem auf die finanziellen Spielräume ab. Anknüpfend an ihre Ausarbeitung verschiedener Ausgestaltungsmöglichkeiten kommunaler Sozialpolitik wird hier einen Schritt weiter gegangen und die Handlungsebene der Projekte betreten, was den Schritt von der Rahmgebung in die Ausgestaltung des präsenten Sozialstaats bedeutet. Im Sinne der Fragestellung der Studie wird dabei der Fokus auf die Herstellung von Demokratievertrauen durch den präsenten Sozialstaat gelegt. Allerdings ist deutlich zu sagen, dass nicht alle sozialpolitischen Anstrengungen auf der kommunalen Ebene einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratieförderung haben und haben müssen. Es gibt eben schlichtweg notwendige Aufgaben des Sozialstaats,

wie zum Beispiel Drogenhilfe, welche mit Risikogruppen arbeitet und elementar menschliche Hilfe leistet. Das bedeutet auch, dass ein Projekt nicht als wertlos betrachtet werden darf, nur weil es keinen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen ausübt. Zudem besteht die Möglichkeit, dass indirekte Effekte auf die Herstellung von Demokratievertrauen wirken, die aufgrund der eingeschränkten empirischen Quellenlage nicht weiter modelliert werden können.

Um zu erwartende direkte Effekte von sozialpolitischen Projekten auf kommunaler Ebene für die Herstellung von Demokratievertrauen zu bestimmen, wird im Folgenden ein Ansatz formuliert, welcher von den konzeptionellen Formulierungen und empirischen Ergebnissen im Forschungsstand abgeleitet ist. Ziel ist es, ein analytisches Gerüst für eine exemplarische

Abbildung 5  
Lebensphasenentwicklung

In jeder Lebensphase sind **Übergänge** zu meistern, die die Chancen auf gute Teilhabe in der Zukunft beeinflussen.



Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013b, S. 4.

Untersuchung von Projekten zu entwickeln, um die zu erwartenden direkten Effekte zur Herstellung von Demokratievertrauen zu formulieren. Das Ergebnis ist dann eine konzeptionelle und empirische Plausibilisierung über Annahmen zur direkten Wirkung sozialpolitischer Interventionen auf die Herstellung von Demokratievertrauen. Für eine erste Annäherung wird die Unterscheidung in horizontale und vertikale Angebotsordnungen unternommen, um zu verdeutlichen, wie Projekte zugeschnitten sind. Anschließend wird auf Grundlage dieses ersten Schrittes eine heuristische Typisierung vorgeschlagen, um Projekte des präsenten Sozialstaats nach ihrer direkten Wirkung auf die Herstellung von Demokratievertrauen zu untersuchen.

### 3.1 HORIZONTALE ANGEBOTSORDNUNG: DIE BIOGRAFIE ALS GRUNDLAGE KOMMUNALEN HANDELNS

Der Lebenslauf eines Menschen dient als Orientierungsachse für die Planung sozialstaatlicher Angebote, auch auf der kommunalen Ebene. Das ist einerseits trivial, da beispielsweise die Schulpflicht altersgebunden ist, andererseits aber eine immense Herausforderung für die Sozialplanung. Ein typisches Beispiel hierfür ist die Bereitstellung von ausreichenden Plätzen in der frühkindlichen Kindertagesbetreuung bei gleichzeitiger Vermeidung von kostenintensiven Überkapazitäten. Doch auch mit Erreichen der Volljährigkeit ist die sozialpolitische Berücksichtigung von Altersgruppen nicht obsolet. Neben der Altersgruppenorientierung werden Übergänge berücksichtigt, wie der vom Beruf in den Ruhestand. Abbildung 5 zeigt sowohl die Einteilung in Altersgruppen als auch Übergänge, welche durch Maßnahmen des präsenten Sozialstaats adressiert werden.

Die Orientierung am Lebenslauf ist auch für die Herstellung von Demokratievertrauen entscheidend. Denn es ist davon auszugehen, dass sich politische Haltungen eher in früheren Lebensphasen bilden als in späteren. Die politische Sozialisation ist aber nicht starr an Altersgrenzen gebunden, sondern bezieht sich eher auf einen biografischen Zeitraum der Identitätsfindung, in die auch das politische Weltbild eingearbeitet ist. Das bedeutet für die horizontale Angebotsordnung, dass Projekte in einigen Lebensphasen größere Effekte auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben, wobei hier durch biografische Umbrüche und einschneidende Erlebnisse durchaus Unterschiede bestehen können.

### 3.2 VERTIKALE ANGEBOTSORDNUNG: DIE BEDÜRFTIGKEIT ALS GRUNDLAGE KOMMUNALEN HANDELNS

Doch nicht alleine der Lebenslauf ist als Organisationsachse sozialer Angebote entscheidend, sondern auch die Bedürftigkeitsintensität. Beispielsweise hat die Inobhutnahme Minderjähriger beim Verdacht auf Kindeswohlgefährdung einen höheren Bedürftigkeitswert als eine Beratung, welche Freizeitangebote Jugendliche in den Sommerferien auswählen könnten. Das bedeutet nicht, dass eine solche nicht wichtig sei, die Notlage bei einer Kindeswohlgefährdung ist jedoch existenziell.

Ein weiteres Beispiel sind Streetwork-Projekte für Drogenabhängige, bei denen neben Ausstiegsberatung auch saubere Spritzen verteilt werden, um Infektionen zu vermeiden. Hier ist die Bedürftigkeit hoch, sie richtet sich aber nicht an eine bestimmte Altersgruppe. Die Beispiele machen deutlich, dass der präsent Sozialstaat eine breite Wirkungsentfaltung aufbringen muss und die Förderung von Demokratievertrauen nur ein Aspekt von vielen ist.

Angebote des präsenten Sozialstaats lassen sich also nach Bedürftigkeitsintensität und Alter verorten. Abbildung 6 bringt diese beiden Aspekte in einer idealtypischen Darstellung zusammen. Die vertikalen Achsen zeigen wichtige Abschnitte im Lebenslauf. Eingeteilt sind das Vorschulalter, das Schulalter, das Alter der Erwerbsfähigkeit, das frühe und das späte Rentenalter. Während die horizontale Achse die Altersjahre abbildet, ist die Vertikale Achse Ausdruck der Bedürftigkeitsintensität. Die Bedürftigkeit ist beim Median in zwei gleichgroße Hälften geteilt. Nun ist davon auszugehen, dass bei existenzieller Bedürftigkeit andere Effekte zu sehen sind, als die Herstellung Demokratievertrauen, und auch die politische Sozialisation zieht sich nur im geringen Maße bis tief ins Alter der Erwerbsfähigkeit. Eine Ausnahme bilden mitunter Menschen in den neuen Ländern, welche nicht mit dem demokratischen System aufgewachsen sind. Daher reicht der grau eingefärbte Bereich in Abbildung 6 hier bis in die 50er Jahre. Dieser Bereich bildet den Rahmen von Projekten ab, welche einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben könnten.

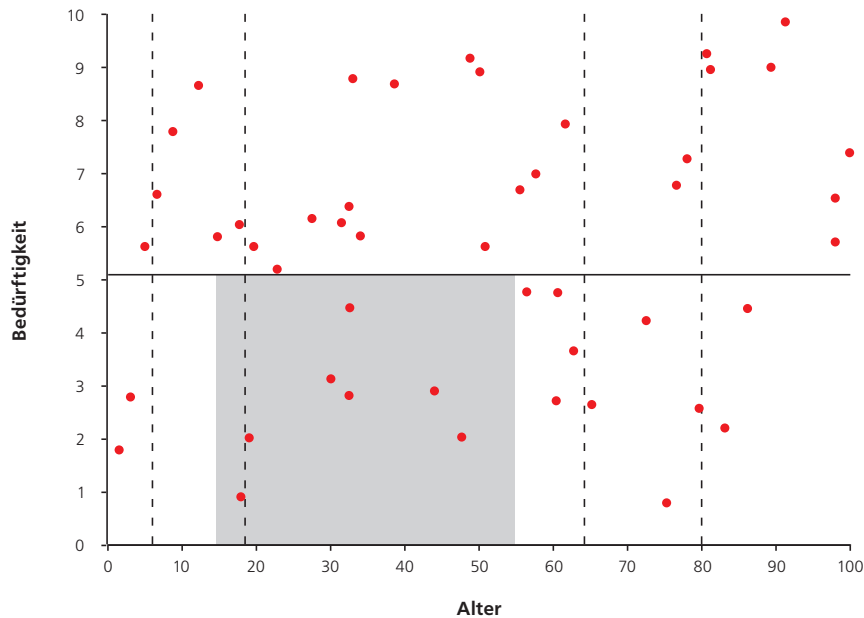
Das wiederum bedeutet, dass Projekte des präsenten Sozialstaats, welche einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben, spezifisch gerahmt sein sollten, was aber noch nicht ihre Ausgestaltung anbetrifft. Das ist die zweite Bedingung, wofür es eine Typisierung kommunaler Angebote braucht, welche im nächsten Schritt ausgearbeitet wird. Dabei wird vorausgesetzt, dass sich diese im beschriebenen Rahmen verorten lassen.

### 3.3 HEURISTISCHE TYPISIERUNG ZUR BESTIMMUNG VON PROJEKTEN, WELCHE EINEN DIREKTEN EFFEKT AUF DIE HERSTELLUNG VON DEMOKRATIEVERTRAUEN HABEN.

Um zu untersuchen, ob ein Projekt oder eine Einrichtung einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen hat, braucht es einiger Kriterien. Im Folgenden werden sechs Merkmale vorgestellt, auf deren Grundlage eingeschätzt werden kann, ob ein Projekt einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen hat. Da der Forschungsstand relativ unausgereift ist, behält das hier vorgeschlagene Vorgehen eine heuristisch-pragmatische Natur und sollte auf Grundlage empirischer Ergebnisse weiterentwickelt werden.

**Universelle Prävention:** Projekte, welche sich nicht aufgrund eines Verdachts an eine bestimmte Risikogruppe wenden, sind Projekte universeller Prävention. Sie sind von ihrem Charakter her offen und vermittelnd. Projekte, welche der universellen Prävention in Bezug auf die Vermittlung demokratischer Werte

Abbildung 6  
**Exemplarische Darstellung der vertikalen und horizontalen Angebotsordnung**



Alle Angaben sind Zufallszahlen; Alter in Jahren, Bedürftigkeit 0= keine, 10 = sehr hohe  
 Graumarkierter Bereich: Direkte Herstellungsfähigkeit von Demokratievertrauen durch den präsenten Sozialstaat

Quelle: Eigene Darstellung.

zuzurechnen sind, sollten demnach einen positiven Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben. Unterschieden werden können davon Projekte primärer, sekundärer und tertiärer Prävention (El-Mafaalani et al. 2016: 236). Beispiele für Projekte sekundärer Prävention sind Maßnahmen, welche mit auffälligen Jugendlichen arbeiten, die bereits mit extremen Äußerungen aufgefallen sind. Projekte tertiärer Prävention sind solche mit Hochrisikogruppen, wie islamistische Gefährder. In solchen Projekten werden andere Schwerpunkte gelegt, sodass ein direkter Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen nicht zu erwarten ist.

**Gruppenunabhängig:** Projekte können sich an eine spezielle Gruppe richten, beispielsweise an eine ganz bestimmte Altersgruppe. Das hat zwar den Vorteil, dass sie passgenau zugeschnitten sind. Das bringt aber auch den Nachteil mit sich, dass Kontakte zu anderen Gruppen ausbleiben. Vor allem der Intergruppenkontakt wird aber für die Ausreifung von Demokratievertrauen als wichtig erachtet. Daher ist die heuristische Annahme, dass Projekte mit exklusivem Gruppenbezug keinen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben.

**Staatliche Angebote:** Wenn der Staat unmittelbar positiv in Erscheinung tritt, können Menschen zu ihm und damit gegebenenfalls zur demokratischen Verfassung Vertrauen aufbauen. Daher wird angenommen, dass staatliche Projekte einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben. Das ist aber nur unter der Bedingung zutreffen, dass es sich nicht um essentielle Bedürfnisse wie die Krankenversorgung oder Alterspflege handelt. Zudem leisten sowohl die Wohlfahrtspflege als auch die Zivilgesellschaft zweifelsohne einen unverzichtbaren Beitrag für die Vitalität der demokratischen Gesellschaft in Deutschland. Sie werden aber aus der Perspektive von Klient\_innen nicht unbedingt als Teil des Staates gesehen, auch wenn sie durch öffentliche Mittel finanziert sind. Daher sind von nicht als staatlich erkennbaren Projekten nicht die gleichen direkten Effekte auf die Herstellung von Demokratievertrauen zu erwarten.

**Zugänglichkeit:** Projekte können unterschiedliche Barrieren der Zugänglichkeit haben oder sogar nur spezifischen Gruppen vorbehalten sein. Solche exklusiven Projekte finden wir vor allem in der Krisenintervention, wie bei Opfern von Missbrauch oder der Drogenhilfe. Dies sind zumeist spezialisierte Projekte,

welche grundlegende Hilfe in schwierigen Lebenslagen leisten. Sie sind integraler Bestandteil des Sozialstaats, ihre Aufgabe ist es aber nicht, Demokratievertrauen herzustellen. Daher wird angenommen, dass vor allem offen zugängliche Projekte einen positiven direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben.

**Gestaltbarkeit/Verantwortungsübernahme:** In Projekten oder Einrichtungen des präsenten Sozialstaats können Klient\_innen teilweise selber zur Gestaltung des Projektes oder der Einrichtung beitragen oder Verantwortung übernehmen. Ein Beispiel ist die Programmgestaltung in Jugendzentren. Es wird angenommen, dass Projekte oder Einrichtungen, die einen Gestaltbarkeit oder Verantwortungsübernahme von Klient\_innen ermöglichen, einen positiven direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben.

**Unmittelbarkeit:** Projekte oder Einrichtungen können unmittelbare Wirksamkeitserfahrungen bieten, wie beispielsweise partizipative Gestaltungsprojekte bei Quartiersentwicklungsmaßnahmen. Hier wird angenommen, dass, wenn ein Projekt oder eine Einrichtung solche unmittelbaren Erfahrungen ermöglicht, sie einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben.

Die genannten sechs Dimensionen werden für die empirische Klassifizierung von Projekten in fünf ausgewählten Kommunen genutzt. Die so gewonnenen Ergebnisse sind aber nur als Annäherung zu verstehen, da wir noch zu wenig über die Kausalbeziehungen wissen. Sie dienen damit der empirisch gestützten Plausibilisierung der Annahmen zur Herstellung von Demokratievertrauen durch den präsenten Sozialstaat. Indirekte Effekte oder Interaktionseffekte sind hiermit nicht abgedeckt.

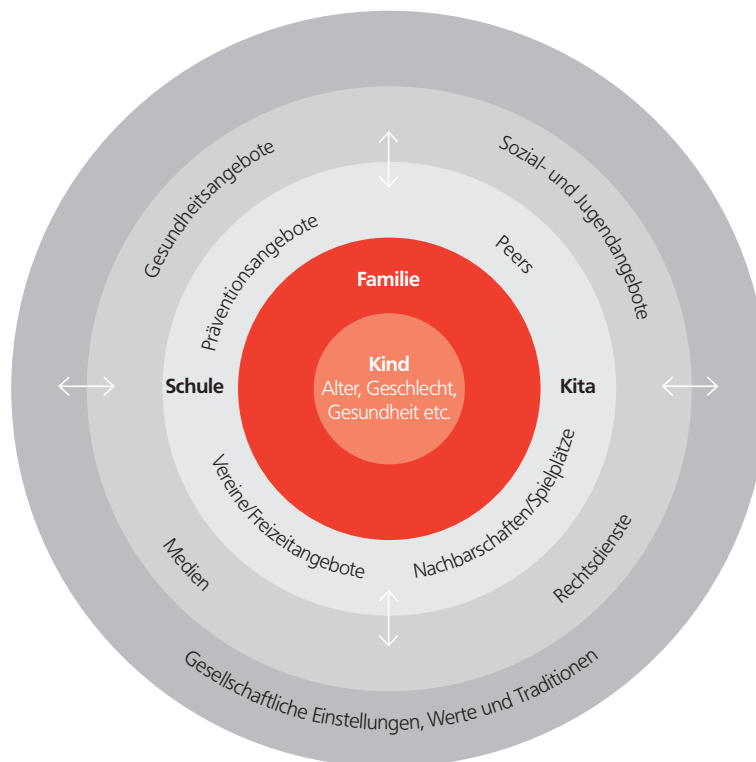
# 4

## SOZIALSTAAT VOR ORT

Der präsenste Sozialstaat formt sich im alltäglichen Erfahrungsraum von Menschen aus, womit vor allem ihr Quartier gemeint ist. Dort werden Opportunitäten gebildet, welche eine unterstützende Funktion einnehmen sollen, wodurch schlussendlich auch das Vertrauen in die Demokratie gestärkt werden könnte. Hierbei sind zwei miteinander verwobene Aspekte angesprochen, welche für das grundlegende Verständnis des Sozialstaats entscheidend sind. Zum einen die Lebenswelt von Menschen, da davon ausgegangen wird, dass eine Unterstützung in den alltäglichen Bezugsräumen besonders effektiv ist. Die soziologische Orientierung an dem von Husserl geprägten phänomenologischen Begriff der Lebenswelt (Husserl 2012) vertritt die Grundannahme, dass

Menschen in verschiedene soziale Bezüge eingebunden sind, die den alltäglichen Erfahrungsraum bilden. Dass diese Bezüge einen Effekt auf die Lebensgestaltung von Menschen haben, wurde als eine der klassischen Thesen aus der Chicago School formuliert (z.B. Shaw/McKay 1969). Bronfenbrenner (1981) erneuerte diese Perspektive und leitete ein Modell konzentrischer Bezugssysteme ab, was in Abbildung 7 modellhaft dargestellt wird. Ausgehend vom Kind ist zu erkennen, dass sich vor allem soziale Bezüge, wie die Familie, um das Kind aufspannen und durch den präsenten Sozialstaat nur indirekt zu adressieren sind. Dieser Bereich wird auch den primären Einfluss auf die Normen eines Menschen, und damit auf das Vertrauen in die Demokratie, ausüben. Erst danach

Abbildung 7  
**Ökologie menschlicher Entwicklung nach Bronfenbrenner**



Quelle: Petermann et al. 2019: 6.

schichten sich weitere Opportunitäten, wie Schule, Vereine oder Präventionsangebote auf, welche allesamt Ausdruck des präsenten Sozialstaats sind.

Der zweite Aspekt ist der vor allem in der systemtheoretisch orientierten Gesundheitswissenschaft verwendete Setting-Begriff (Engelmann/Halkow 2008). Dieser Begriff hat eine doppelte Funktion: „Ein Setting wird einerseits als soziales System verstanden, das eine Vielzahl relevanter Umwelteinflüsse auf eine bestimmte Personengruppe umfasst. Es ist andererseits ein System, in dem diese Bedingungen von Gesundheit und Krankheit auch gestaltet werden können.“ (Grossmann/Scala 2003: 205) Anders als beim Lebensweltansatz wird hier die individuelle Gestaltbarkeit betont. Dies greift die Soziale Arbeit auf, die darauf hinwirken kann, dass Menschen diese Gestaltbarkeitspotenziale nutzen. Dazu werden Gegebenheiten geschaffen, wie angemessene Räumlichkeiten für Beratung, oder eine bedarfsorientierte soziale Infrastruktur vor Ort. Das jeweilige Setting ist demnach Ausdruck der Herausforderungen, an denen auch die Ausgestaltung des präsenten Sozialstaats abzulesen ist.

#### 4.1 ANALYTISCHES VORGEHEN

Ziel dieses empirischen Schrittes ist eine Untersuchung der Tragfähigkeit der Annahmen zum präsenten Sozialstaat aus der theoretisch konzeptionell geprägten Literatur. Ein wesentlicher Teil der Sichtbarkeit des präsenten Sozialstaats sind Projekte. Hier haben, wie dargestellt, aber nicht alle einen zu erwartenden direkten positiven Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen. Projekte und Regelangebote, die elementaren Bedürfnisse nach sozialer Sicherheit oder Kinderschutz betreffen, sind tragende und unerlässliche Säulen des Sozialstaats, aber ihre demokratiefördernde Wirkung ist eher als indirekt zu sehen, beispielsweise indem die breitere Öffentlichkeit befürwortet, dass es solche Unterstützungen gibt. Daher ist eine Untersuchung, wie sie hier vorgenommen wird, nicht als Wertung oder Evaluation zu interpretieren, sondern dient der empirischen Plausibilisierung der konzeptionellen Annahmen für weitergehende Untersuchungen.

Der analytische Schritt wird anhand von fünf Orten unternommen, deren Auswahl sich an der Clusteranalyse von Fina und Kollegen (2019) orientiert. Bei Großstädten wurde jeweils ein sozial segregierter Stadtteil als Untersuchungsort gewählt, da angenommen wird, dass dort der präsent Sozialstaat einen Schwerpunkt ausprägen muss, was sowohl die Erfahrbarkeit von Regelangeboten als auch von Projekten betrifft. Ein weiteres Auswahlkriterium war, dass der Autor die Orte kennt, um die dortige Angebotslandschaft einschätzen zu können. Das ist auch der Grund weshalb vier der fünf Orte in Nordrhein-Westfalen liegen. Die ausgewählten Städte bzw. Stadtteile sind Münster-Coerde, Leichlingen, Bergheim (Erft), Bautzen und Dortmund-Innenstadt Nord. Tabelle 1 ordnet diese den fünf Clustern zu.

Die Clusteranalyse garantiert auch, dass die ausgewählten Kommunen sich jeweils voneinander relativ stark unterscheiden. Allerdings wird dies durch die Hinzunahme der Stadtteile

Tabelle 1  
Auswahl der Untersuchungsorte

CLUSTER	ORT
Dynamische Groß- und Mittelstädte mit Exklusionsgefahr	Münster-Coerde
Starkes (Um)Land	Leichlingen
Durchschnittliche solide Mitte	Bergheim (Erft)
Ländlich geprägte Räume in der dauerhaften Strukturkrise	Bautzen
Städtische geprägte Regionen mit andauerndem Strukturwandel	Dortmund-Innenstadt Nord

Quelle: Fina et al. 2019

Tabelle 2  
Sozialstrukturelle Beschreibung der ausgewählten Untersuchungsfälle

ORT	SGB II-QUOTE	AUS-LÄNDER-ANTEIL	ANTEIL DER UNTER 18-JÄHRIGEN AN DER BEVÖLKERUNG
Münster-Coerde <sup>c</sup>	22,3	25,2	26,5
Leichlinge <sup>a</sup>	5,5	7,5	16,9
Bergheim (Erft) <sup>a</sup>	10,1	11,6	17,1
Bautzen <sup>a</sup>	10,1	2,0	15,4
Dortmund-Innenstadt Nord	34,7 <sup>b</sup>	51,2	21,7

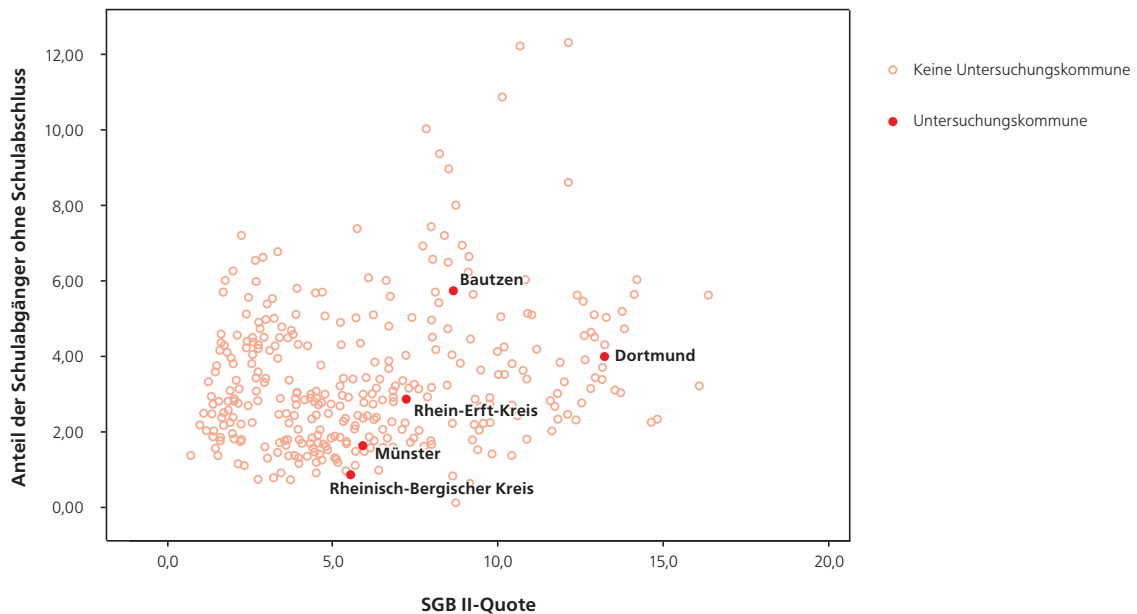
a = Angaben auf Kreisebene

b = Empfänger\_innen von Leistungen nach dem SGB II an der Bevölkerung

c = Datenstand 31.12.2017

Quelle: Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung & kommunale Statistikämter, Datenstand 31.12.2016.

Abbildung 8  
**Soziale Belastung auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte**



Quelle: Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung.

im Falle von kreisfreien Städten eher abgeschwächt. Hier sind es die ärmsten Stadtteile, welche mit Durchschnittswerten von kreisangehörigen Gemeinden verglichen werden. Damit hat das gewählte Sample insgesamt eine relative Unterschichtung durchlaufen, was aber zu vertreten ist. Denn die Siedlungsgröße der kreisangehörigen Gemeinden ist mit der der ausgewählten Stadtteile der kreisfreien Städte vergleichbar, und die Angebote des präsenten Sozialstaats müssen sich nicht in gleicher Weise räumlich differenzieren, um lebensweltlich eingebettet zu sein. Tabelle 2 gibt einen Überblick zu ausgewählten Sozialstrukturdaten der Untersuchungsfälle.

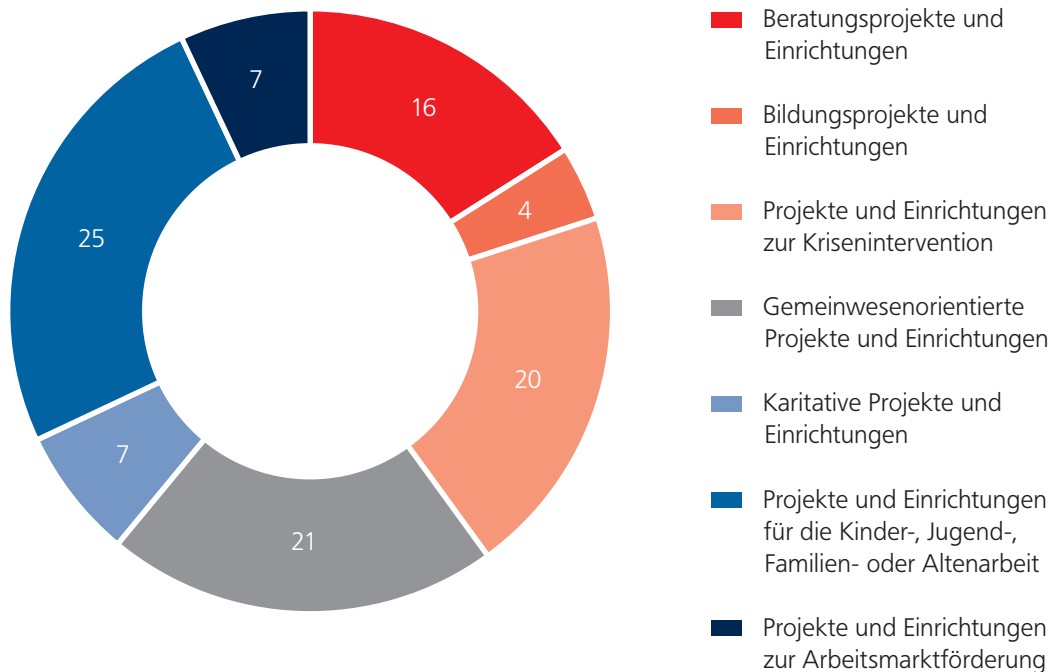
Zu den ausgewählten Untersuchungsfällen wurden jeweils 20 Projekte und Angebote der Regelstruktur recherchiert. Dabei wurde eine geschichtete Zufallsauswahl getroffen. Absicht war es, ein möglichst breites Bild der lokalen Angebots- und Projektlandschaft zu erhalten, weswegen eine einseitige Festlegung, z.B. auf Jugendprojekte, vermieden wurde. Zudem wurden nur Angebote ausgewählt, welche nicht im Rathaus der jeweiligen Kommune angesiedelt waren, was dem lebensweltorientierten Ansatz des präsenten Sozialstaats folgt. Die Recherche erfolgte onlinegestützt und wurde ergänzt durch lokale Kontakte. Entscheidend war hier die Selbstpräsentation der Angebote und Projekte auf der jeweiligen Onlinepräsenz, um die Nachvollziehbarkeit der Analyse zu garantieren. Zu-

gleich sind deutliche Qualitätsunterschiede zwischen den Onlineauftritten festzustellen, welche die Erhebung beeinträchtigen. Da es sich um Selbstauskunftsdaten der Projekte und Angebote vor Ort handelt, ist dies hinzunehmen.

Die recherchierten Projekte wurden nach ihrer direkten Wirkung auf die Herstellung von Demokratievertrauen eingeschätzt. Dafür wurde ein Index erstellt, welcher zwischen null und sechs schwanken konnte. Sechs Kategorien wurden herangezogen, welche sich auf den im Forschungsstand herausgearbeiteten Eigenschaften von Projekten stützen. Diese sind: Angebot der universellen Prävention (0 = nein, 1 = ja), Gruppenbezug vorhanden (0 = nein, 1 = ja), Staatliche Angebote (0 = nein, 1 = ja), Zugänglichkeit (0 = nein, 1 = ja), Gestaltbarkeit oder Verantwortungsübernahme möglich (0 = nein, 1 = ja) sowie Unmittelbarkeit des Projektes (0 = nein, 1 = ja). Die Ausprägung des Index' ist additiv. Das heißt, dass die vergebenen Punkte pro Projekt addiert wurden. Der Median einer Projektbeurteilung (d.h. vier Punkte) wurde als Grenze definiert, ab wann ein Projekt einen zu erwartenden direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen hat. Eine Schwierigkeit, welche die Erhebung prägt, ist die Abgrenzung zwischen Projekt und Einrichtung. Hier gibt es teils Unklarheiten bei der Differenzierung, wie das Beispiel eines Jugendzentrums nahelegt. Dort können durchaus unterschiedliche Projekte stattfinden,



Abbildung 9  
Verteilung der Projekte nach Kategorie, gesamt



Quelle: eigene Erhebung.

welche alle von der gleichen Fachkraft durchgeführt werden. In einem solchen Fall wurde der gesamten Einrichtung und nicht dem einzelnen Projekt Punkte vergeben.

Das pragmatisch geprägte Vorgehen ist allerdings nicht frei von Einschränkungen, die ebenfalls benannt werden müssen, da einige Aspekte nicht erfasst werden. Hier sind zwei theoretische Punkte zu beachten. Zum einen wurden die Kategorien aus dem empirisch wenig informierten Forschungsstand abgeleitet und sind mitunter nicht vollständig. Zum anderen ist die Festlegung des Medians als Wirkungsgrenze rein heuristischer Natur, da keine Gewichtung der genannten sechs Kategorien vorgenommen wird. Hier liegt das Problem darin, dass im Forschungsstand für eine solche keine hinreichende Evidenz vorliegt. Zudem unterliegt die webseitenbasierte Erhebung Restriktionen, die über den genannten Punkt der Selbstpräsentation hinausgehen. Denn es ist nicht garantiert, dass alle Projekte eine Website haben und ob alle notwendigen Informationen über die Projekte vorhanden sind. Weiterhin besteht ein unvollständiges Bild über den Umfang eines Projektes, was konkret bedeutet, dass es nur wenige Stunden im Monat stattfinden könnte, oder eben tagtäglich. Hinzu kommt, dass nicht immer ersichtlich ist, ob ein Projekt professionell geführt ist, d.h. eine Fachkraft dort eingesetzt ist oder es von ehrenamtlichen Kräften geleitet wird. Zudem ist die

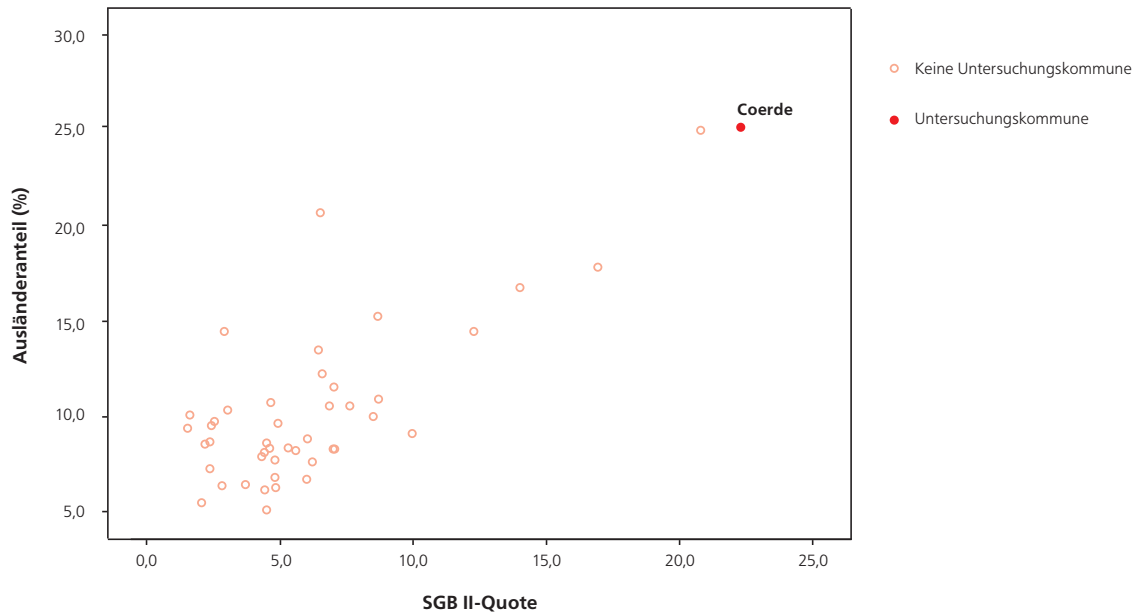
Vernetzung eines Projektes kein Teil der punktegestützten Einschätzung eines direkten Effekts auf die Herstellung von Demokratievertrauen, da sich dies nicht aus dem Forschungsstand ableiten lässt. Daher ist das Vorgehen als Ansatz zur evidenzgestützten Plausibilisierung der Untersuchung des demokratiefördernden Effektes des präsenten Sozialstaats zu verstehen, ersetzt aber nicht die Notwendigkeit einer gezielten empirischen Untersuchung.

Die 20 Projekte pro Erhebungsort wurden recherchiert und bepunktet, sie werden aber nicht mit Klarnamen aufgeführt, sondern lediglich kategorisiert. Eine solche Anonymisierung ist notwendig, um den Anschein eines Rankings zu vermeiden und den inhaltlichen Schwerpunkt der Untersuchung, der Bestimmung eines direkten Effekts auf die Herstellung von Demokratievertrauen, zu garantieren.<sup>4</sup> Die Kategorien sind:

- **Beratungsprojekte und Einrichtungen:** Hier werden alle Regelangebote und Projekte erfasst, die eine beratende Aufgabe erfüllen. Das kann von der Schwangerschaftskonfliktberatung bis hin zur

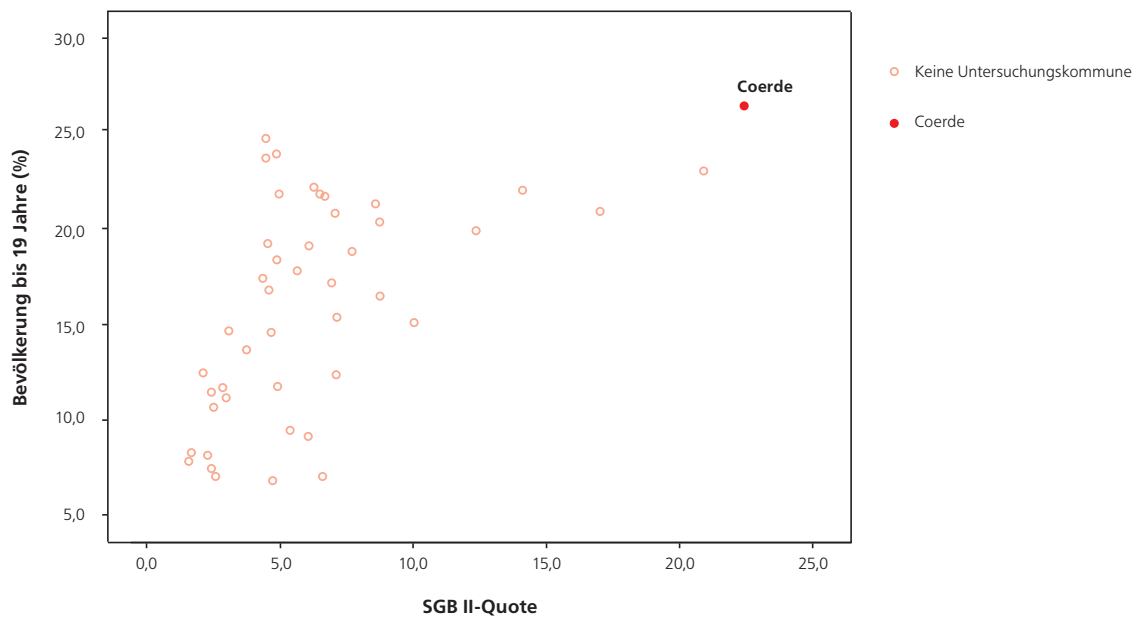
<sup>4</sup> Auf Anfrage kann beim Autor Einblick in die Liste genommen werden.

Abbildung 10  
**Kleinräumiger Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und dem Ausländeranteil, Münster**



Quelle: Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung; Datenstand: 31.12.2016.

Abbildung 11  
**Kleinräumiger Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und dem Anteil der Bevölkerung unter 19 Jahren, Münster**



Quelle: Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung; Datenstand: 31.12.2016.

Berufsorientierung reichen. Beratungsangebote wenden sich sowohl an spezifische Gruppen als an die Allgemeinheit.

- **Bildungsprojekte und Einrichtungen:** Projekte und Einrichtungen, die dieser Kategorie zugeordnet sind, umfassen im weiteren Sinne den Bildungsbereich oder unterstützen diesen unmittelbar. Das bedeutet auch, dass Angebote der Schulsozialarbeit hierunter gefasst wurden.
- **Projekte und Einrichtungen zur Krisenintervention:** Hierunter wurden Projekte und Einrichtungen der Krisenintervention, wie Drogenberatung, gefasst. Dies sind häufig hochspezialisierte Einrichtungen und Projekte, die sich an eine eingeschränkte Zielgruppe richten.
- **Gemeinwesenorientierte Projekte und Einrichtungen:** Unter dieser Kategorie wurden Projekte und Einrichtungen gefasst, die sich an eine breitere Öffentlichkeit wenden, zum Beispiel an einen Stadtteil, oder an Gruppen, welche Angebote zur gesellschaftlichen Integration organisieren. Hierunter fallen sowohl Einrichtungen der Quartiersarbeit als auch Projekte zur Integration von Zuwanderern.
- **Karikative Projekte und Einrichtungen:** Unter dieser Kategorie wurden Projekte und Einrichtungen gefasst, welche einen karikativen Zweck verfolgen, wie Kleiderkammern oder Tafeln.
- **Projekte und Einrichtungen für die Kinder-, Jugend-, Familien- oder Altenarbeit:** Hierunter wurden Projekte und Einrichtungen gefasst, die sich an mindestens eine, lebenslaufbestimmte Gruppe richtet. Das betrifft beispielsweise Angebote für Familien sowie Jugendzentren.
- **Projekte und Einrichtungen zur Arbeitsmarktförderung:** Projekte, deren primäres Ziel oder Auftrag die Integration von Menschen in den Arbeitsmarkt ist, wurden dieser Kategorie zugeordnet.

Ein Projekt oder eine Einrichtung wurde jeweils nur einer Kategorie zugeordnet. Abbildung 9 zeigt die Verteilung der einhundert erfassten Projekte und Einrichtungen über die Kategorien.

Im Sample sind karikative Projekte und Einrichtungen sowie Bildungseinrichtungen und Angebote zur Arbeitsmarktförderung relativ wenig vertreten. Bei Bildungseinrichtungen kommt der niedrige Anteil im Sample dadurch zustande, dass Schulen und Kindertagesstätten nicht mit aufgenommen wurden, sondern einzig spezifisch ausgewiesene zusätzliche Angebote, wie etwa Schulsozialarbeit. Bei Angeboten zur Arbeitsmarktförderung wurden Träger, welche überwiegend Leistungen nach dem SGB III anbieten, nicht aufgenommen. Daher ist die Verteilung plausibel. Die drei Kategorien Projekte und Einrichtungen zur Krisenintervention, gemeinwesenorientierte Projekte und Einrichtungen sowie Projekte und Einrichtungen für die Kinder-, Jugend-, Familien- oder Altenarbeit sind jeweils relativ stark ver-

treten und bilden das Fundament des präsenten Sozialstaats. Der Mittelwert der Projekte über alle Kommunen hinweg beträgt 2,7. Das bedeutet, dass der präsente Sozialstaat im Durchschnitt keine demokratiefördernde Wirkung entfaltet, einzelne Projekte allerdings schon.

## 4.2 MÜNSTER-COERDE: DYNAMISCHE GROSS- UND MITTELSTÄDTE MIT EXKLUSIONSGEFAHR

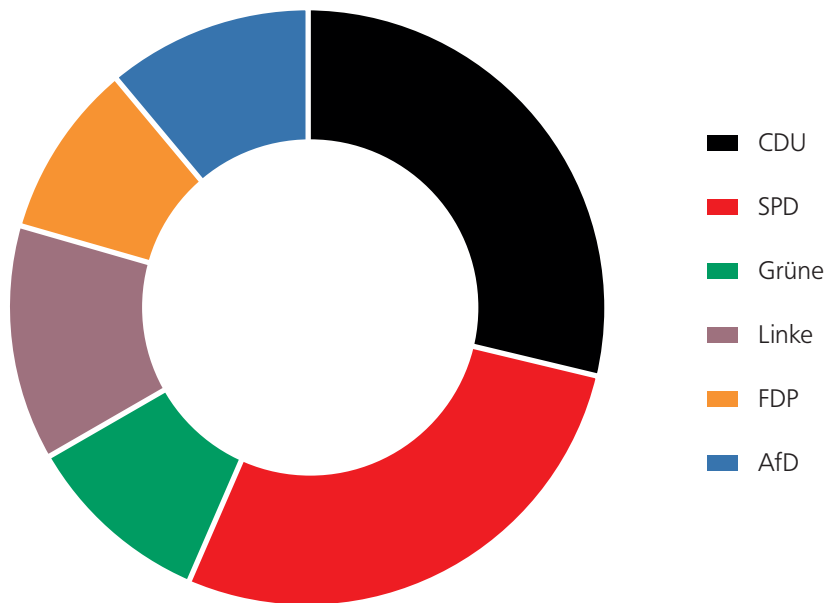
Coerde ist, im relationalen Verhältnis von Münster, deutlich sozial, ethnisch und demografisch segregiert, wie Abbildungen 10 und 11 zeigen. Der Zusammenhang dieser drei Merkmale auf kleinräumiger Ebene entspricht den Ergebnissen der Segregationsforschung der letzten Jahre in Deutschland (Friedrichs/Triemer 2009; Helbig/Jähnen 2018; Strohmeier 2006). Zudem ist das Wandervolumen von Coerde nicht erhöht, was bedeutet, dass es eine relativ stabile Nachbarschaft ist. Das hat den Vorteil, dass in Projekten des präsenten Sozialstaats Beziehungsarbeit geleistet werden kann, allerdings auch abweichende Verhaltensweise von der Umwelt leichter erlernt werden (Kurtenbach 2017) und es bislang nicht gelingt, vor allem für Kinder soziale Mobilität zu organisieren (El-Mafaalani/Kurtenbach 2014).

Die Ergebnisse in Coerde bei der Bundestagswahl 2017 weichen deutlich von denen in Münster insgesamt ab. Zum einen lag die Wahlbeteiligung mit 61,3 Prozent rund 20 Prozentpunkte unter der Gesamtstadt Münster (82,3 Prozent), zum anderen hat die rechtspopulistische AfD hier mehr als zehn Prozentpunkte der Zweitstimmen auf sich vereinen können, deren Anteil münsterweit bei 4,5 Prozent lag. Zugleich hat die in Münster sonst führende CDU hier mit rund 28 Prozent der Zweitstimmen ein bemerkenswert schlechtes Ergebnis zu verzeichnen, die im gesamtstädtischen Ergebnis 37 Prozent der Stimmen auf sich vereinen konnte. Die SPD wiederum war in Coerde etwa genauso stark wie auf der gesamtstädtischen Ebene. Die Wahl ist damit vor allem als Protestwahl zu werten. Die Verteilung der Zweitstimmen zeigt Abbildung 12.

Bei der Untersuchung des präsenten Sozialstaats in Münster Coerde fällt vor allem die relative Größe der Projekte und Einrichtungen für die Kinder-, Jugend-, Familien- oder Altenarbeit auf. Das weist auf ein differenziertes Angebot hin, das durch gemeinwesenorientierte Projekte ergänzt wird. Zudem ist mit der regelmäßig tagenden AG Coerde vor Ort eine tragfähige Vernetzung gegeben. Die Verteilung der erhobenen Projekte über die Kategorien zeigt sich in Abbildung 13.

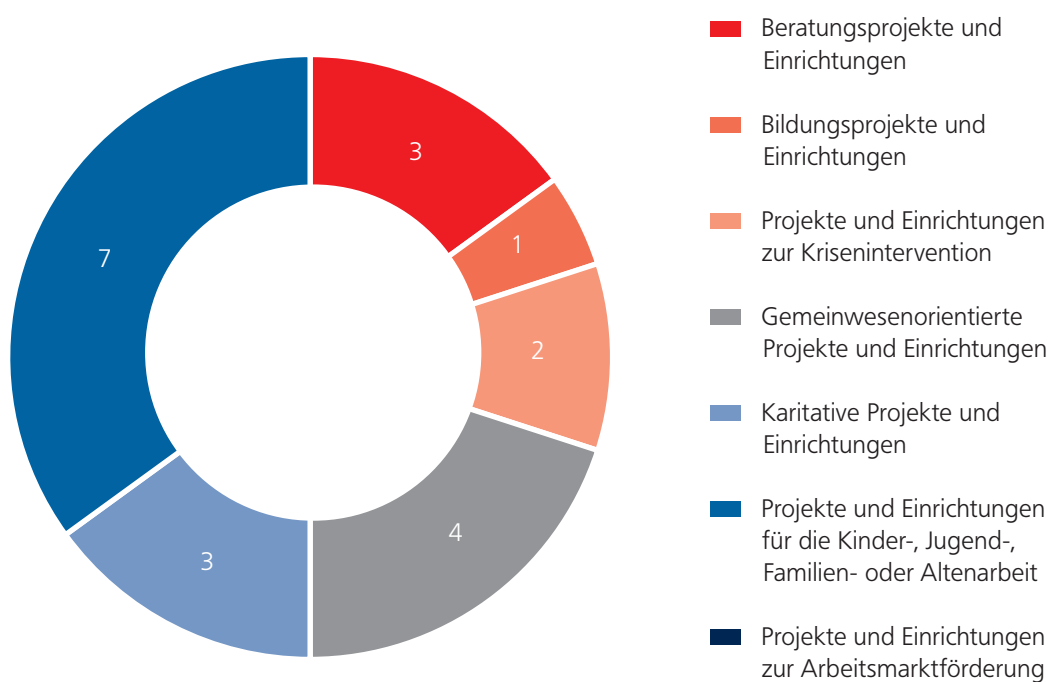
Sieben Projekte haben vier oder mehr Punkte, was bedeutet, dass bei ihnen ein direkter Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen anzunehmen ist. Damit ist eine relativ polarisierte Projektnachbarlandschaft vorhanden, zumindest in Bezug auf die Fähigkeit zur unmittelbaren Herstellung von Demokratievertrauen. Der relativ geringe Mittelwert, die geringe Wahlbeteiligung und die sozialstrukturelle Rahmung legen den Schluss nahe, dass der präsente Sozialstaat besonders notwendig ist und einen grundlegenden stabilisierenden Effekt hat. Zugleich legt es den Schluss nahe, dass durch den Aufbau des

Abbildung 12  
**Ergebnisse der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2017 in Münster-Coerde in Prozent**



Quelle: Stadt Münster.

Abbildung 13  
**Verteilung der Projekte nach Kategorie, Münster-Coerde**



Quelle: eigene Erhebung.

präsenen Sozialstaats alleine kein erhöhtes Demokratievertrauen oder eine Verhinderung des Zuspruchs für Rechtspopulisten erreicht wurde. Daher braucht es mehr Wissen über die Wirkungsweise des präsenen Sozialstaats, was weitergehende empirische Untersuchungen notwendig macht.

### 4.3 LEICHLINGEN: STARKES (UM-)LAND

Leichlingen ist eine kreisangehörige Kommune im rheinisch-bergischen Kreis in Nordrhein-Westfalen, östlich der Rheinschiene und im Einzugsgebiet von Köln und Düsseldorf. Die Kommune liegt im Cluster „Starkes (Um)Land“, und die Arbeitslosigkeit sowie die kommunale Verschuldung sind relativ gering. Die relativ günstige sozialstrukturelle Lage wird auch bei der Betrachtung des Kreises<sup>5</sup> im deutschlandweiten Vergleich deutlich, wie Abbildungen 14 und 15 zeigen. Der Anteil von Zuwanderern ist mit 9,0 Prozent im durchschnittlichen Bereich für einen Landkreis in NRW, die SGB II-Quote aber geringer. Zugleich ist der Kreis, in dem Leichlingen liegt, deutlich familiengeprägt, was typisch für prosperierende Umlandgemeinden ist. Der präsenen Sozialstaat entwickelt sich hier demnach in einem Umfeld ohne erhöhte Marginalisierung. Welche Folgen das für die Organisation von Projekten zur Herstellung von Demokratievertrauen hat, ist nicht abzusehen.

Die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 ist in Leichlingen mit 81,1 Prozent relativ hoch und liegt über dem Bundesdurchschnitt. Bezogen auf die Stimmverteilung ist vor allem das Ergebnis der FDP mit 16,7 Prozent hervorzuheben, die deutlich drittstärkste Kraft hinter CDU und SPD wurde. Die AfD hat mit 8,1 Prozent der Zweitstimmen ein unterdurchschnittliches Ergebnis im Landesvergleich erhalten (NRW: 9,4 Prozent). Abbildung 16 zeigt die relative Stimmenverteilung bei der Bundestagswahl 2017 in Leichlingen.

Dabei haben vier der zwanzig Projekte vier oder mehr Punkte, wodurch bei ihnen von einem direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratie auszugehen ist. Bei der Verteilung der Kategorien (Abbildung 17) ist eine erhöhte Diversifizierung zu erkennen, wobei projektgruppenspezifische Angebote den größten Anteil stellen.

Alles in allem ist die Projektlandschaft in Leichlingen unauffällig, was sowohl für die Struktur der Projektlandschaft als auch für ihre direkten Effekte auf die Herstellung von Demokratievertrauen gilt. Zugleich sind die sozialstrukturellen Rahmenbedingungen von Leichlingen günstig, die Wahlbeteiligung ist hoch und Rechtspopulisten finden vergleichsweise wenig Zuspruch. Daher bildet sich im präsenen Sozialstaat hier auch kein Schwerpunkt aus, sondern ein vielgliedriges Angebot ist die Regel.

### 4.4 BERGHEIM: DEUTSCHLANDS SOLIDE MITTE

Die Kreisstadt Bergheim liegt etwa 20 Kilometer westlich von Köln, am Rande des rheinischen Braunkohlereviere. Zahlreiche öffentliche Einrichtungen, wie das Amtsgericht, die Kreisverwaltung sowie zahlreiche weiterführende Schulen sind vor Ort. Zudem ist die Nähe zum rheinischen Braunkohlerevier auch prägend für die Wirtschaftsstruktur im Kreis und damit auch in der Kreisstadt. Sozialstrukturell ist der Rhein-Erft-Kreis, wie Abbildung 18 und 19 zeigen, eher unauffällig, was bei der Clusterzuordnung „Deutschlands solide Mitte“ auch zu erwarten war.

In Bergheim (Erft) lag die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 bei 73,1 Prozent und damit im bundesweiten Durchschnitt. Die SPD konnte hier mit 28,1 Prozent der Zweitstimmen ein relativ gutes Ergebnis verzeichnen, doch auch die AfD erhielt mit 11,3 Prozent der Zweitstimmen vergleichsweise viele Stimmen, Bündnis 90/Die Grünen konnten dabei keine 5 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Insgesamt ist in Bergheim (Erft) noch eine Dominanz der (ehemaligen) Volksparteien zu erkennen, allerdings mit erhöhtem Protest bzw. Zustimmung zu nationalistischen Argumenten. Abbildung 20 zeigt die Verteilung der Zweitstimmen über alle im Bundestag vertretenen Parteien zur Bundestagswahl 2017.

Ähnlich wie in Leichlingen zeigt sich auch in Bergheim eine diversifizierte Projektlandschaft, wie Abbildung 21 zeigt. Der Wert ist zugleich der höchste unter den fünf Untersuchungskommunen. Das zeigt sich auch mit acht Projekten, welche mit vier oder mehr Punkten klassifiziert wurden und damit einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben.

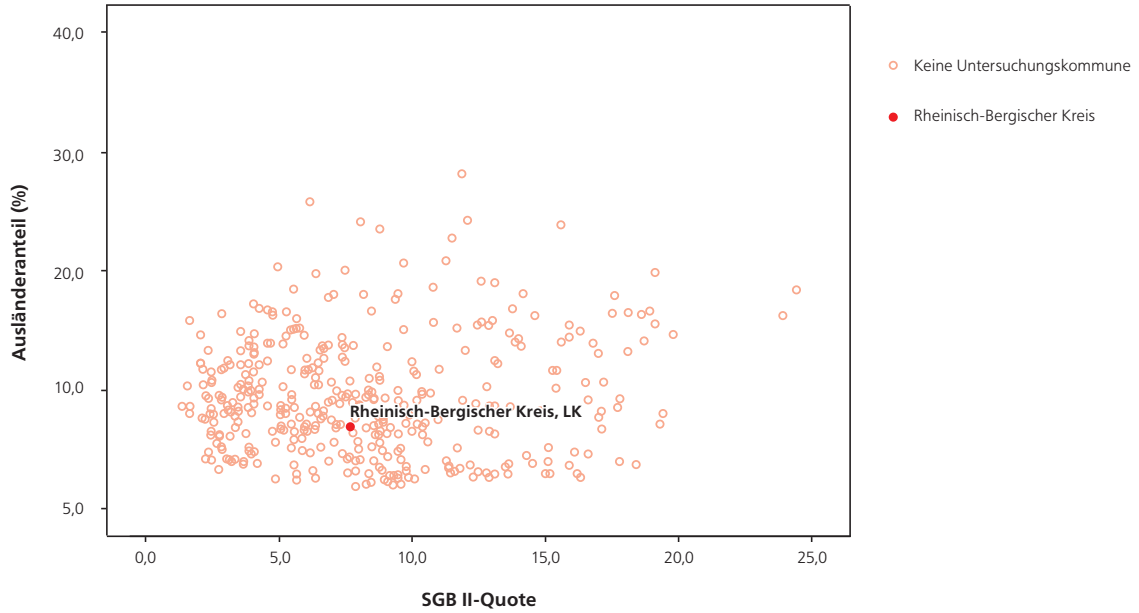
In der Gesamtschau scheint es, als ob die sozialpolitische Reaktion in der Projektlandschaft zwar einerseits die unauffälligen sozialstrukturellen Rahmenbedingungen durch Diversifizierung abbildet, zugleich aber auch auf die Herausforderungen des aufkeimenden Rechtspopulismus reagiert. Allerdings ist dieser Befund nicht zu generalisieren und auf andere Fälle dieses Cluster zu übertragen. Dafür bräuchte es weiterführende und vergleichende Analysen. Die Annahme, dass die Struktur des präsenen Sozialstaats aber sowohl auf die soziokulturellen als auch auf die sozialstrukturellen Herausforderungen reagiert, erscheint plausibel und würde eine Vitalität bedeuten, welche bereits für sich genommen ein demokratieetablierendes Element darstellt.

### 4.5 BAUTZEN: LÄNDLICHE GEPRÄGTE RÄUME IN DAUERHAFTER STRUKTURKRISE

Bautzen liegt rund 60 Kilometer östlich von Dresden und ist zugleich die Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises. Die Altstadt wurde nach der Wiedervereinigung aufwändig saniert und ist heute ein Ausflugsziel der Region. Neben dem Tourismus haben sich in der Region zahlreiche Industrieunternehmen angesiedelt, zugleich sind zahlreiche öffentliche Einrichtungen, wie das Oberverwaltungsgericht und Teile der Kreisverwaltung, auf die Stadt konzentriert. Auch aufgrund der diversifizierten

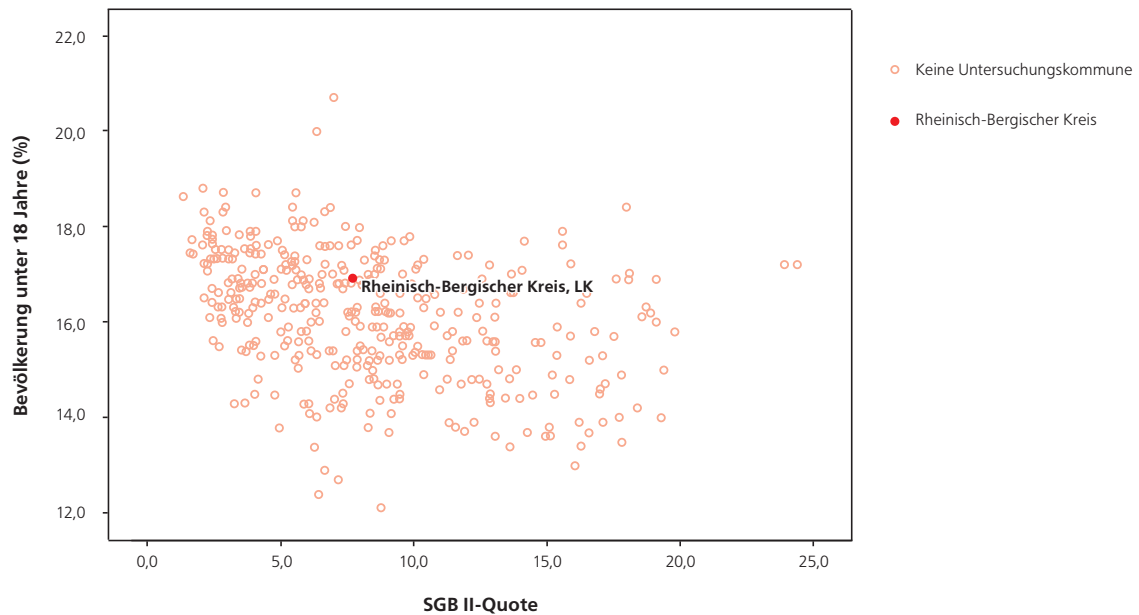
<sup>5</sup> Auf Ebene der Gemeinden lagen keine ausreichenden Daten vor. Daher wurde die Ebene der Kreise gewählt.

Abbildung 14  
**Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und dem Ausländeranteil, Leichlingen**



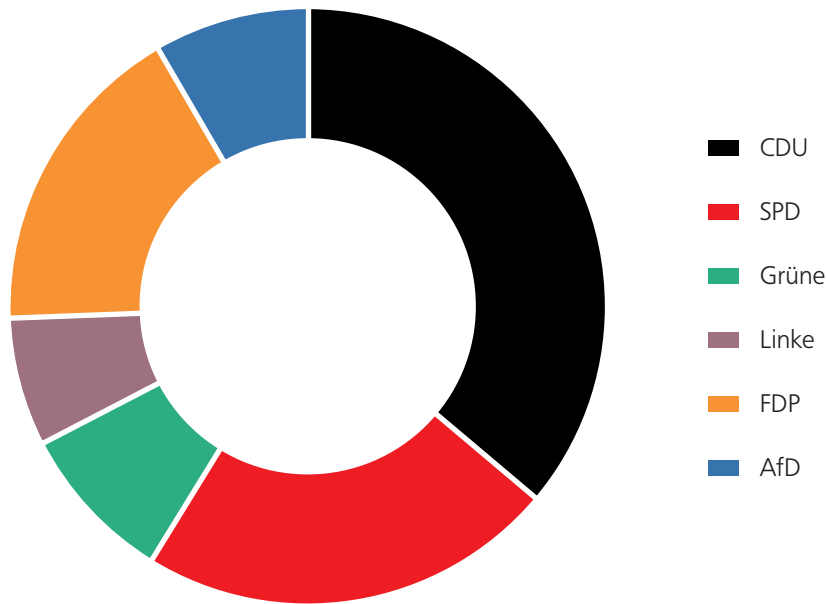
Quelle: Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung; Datenstand: 31.12.2016.

Abbildung 15  
**Kleinräumiger Zusammenhang zwischen der SGB II II-Quote und dem Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahre, Leichlingen**



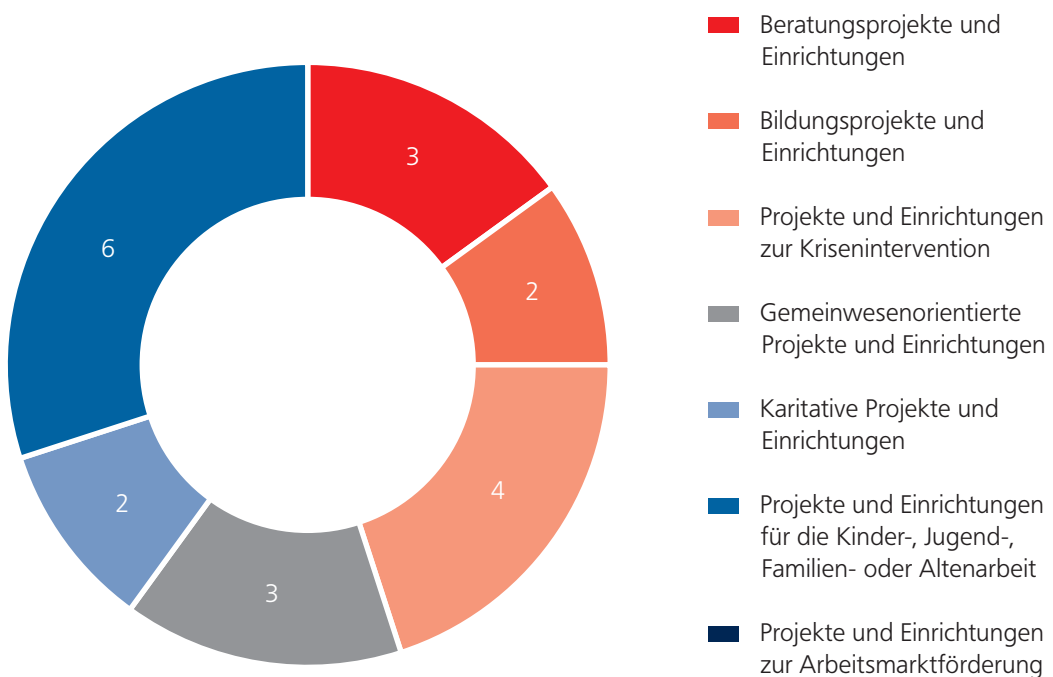
Quelle: Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung; Datenstand: 31.12.2016.

Abbildung 16  
**Ergebnisse der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2017 in Leichlingen in Prozent**



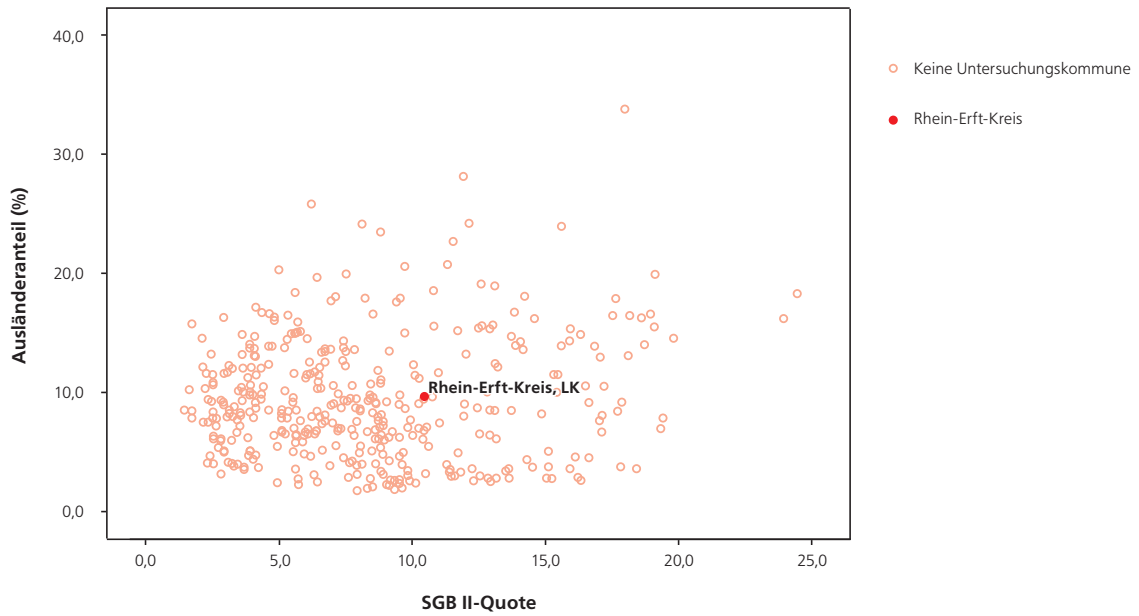
Quelle: Stadt Leichlingen.

Abbildung 17  
**Verteilung der Projekte nach Kategorie, Leichlingen**



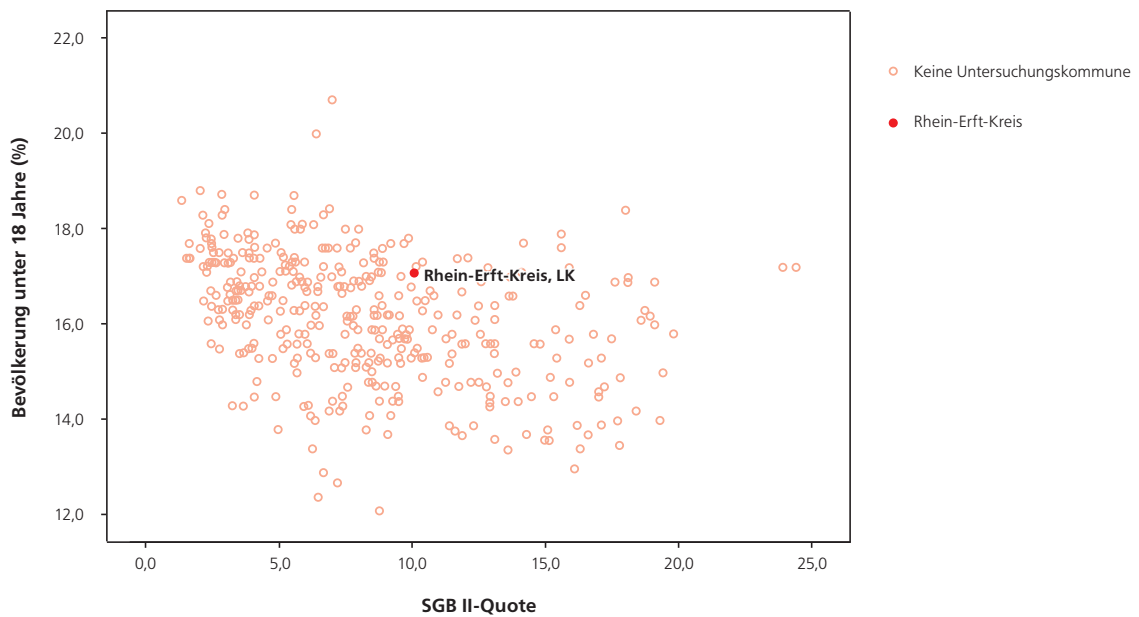
Quelle: eigene Erhebung.

Abbildung 18  
**Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und dem Ausländeranteil, Bergheim**



Quelle: Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung; Datenstand: 31.12.2016.

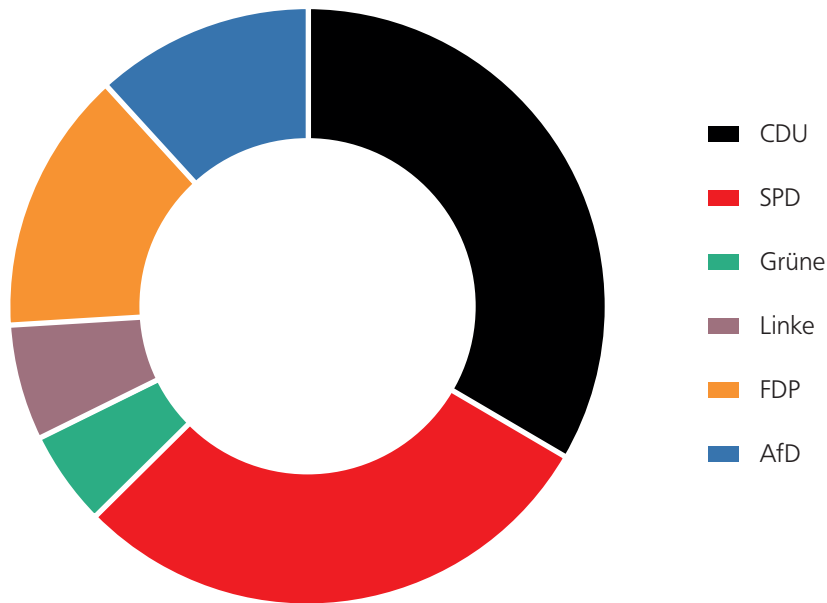
Abbildung 19  
**Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und dem Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahre, Bergheim**



Quelle: Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung; Datenstand: 31.12.2016.

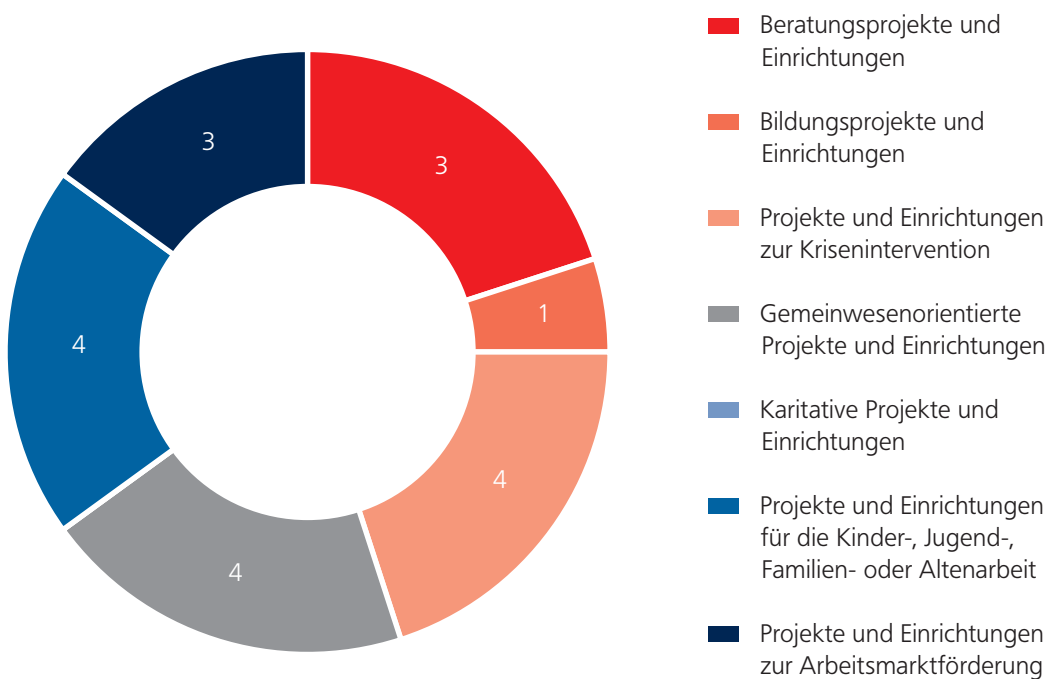


Abbildung 20  
**Ergebnisse der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2017 in Bergheim (Erft) in Prozent**



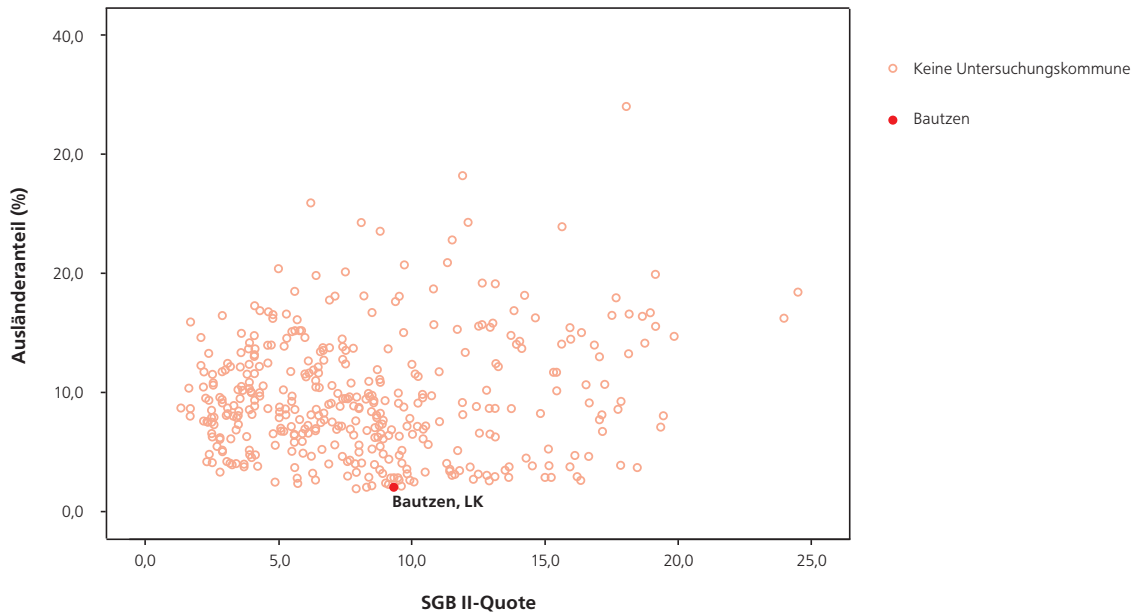
Quelle: Stadt Bergheim (Erft).

Abbildung 21  
**Verteilung der Projekte nach Kategorie, Bergheim (Erft)**



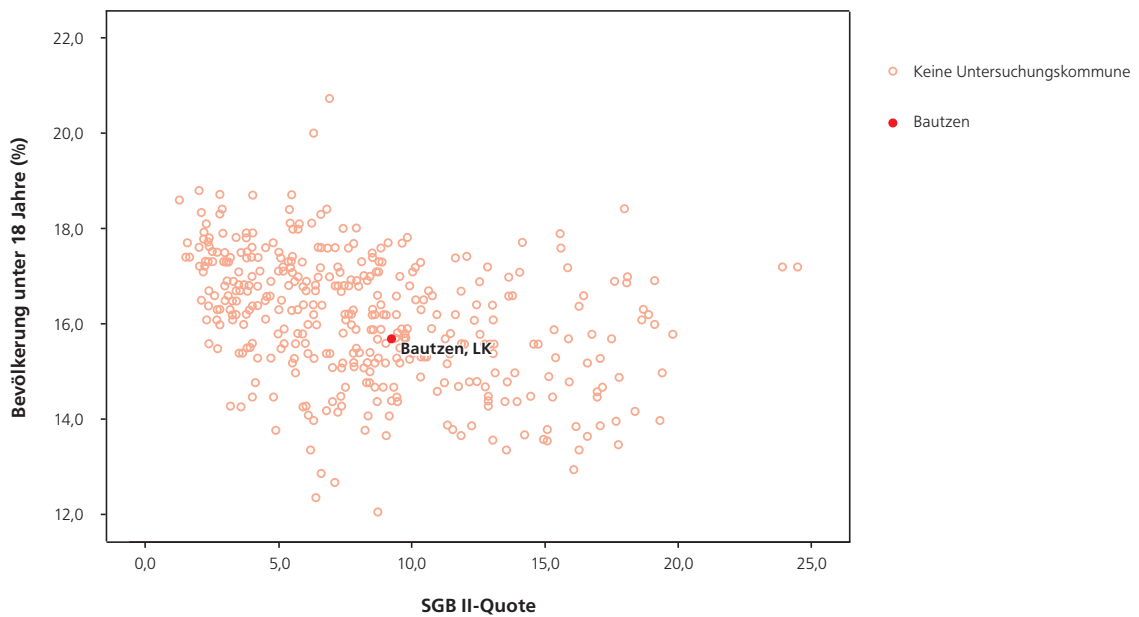
Quelle: eigene Erhebung.

Abbildung 22  
**Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und dem Ausländeranteil, Bautzen**



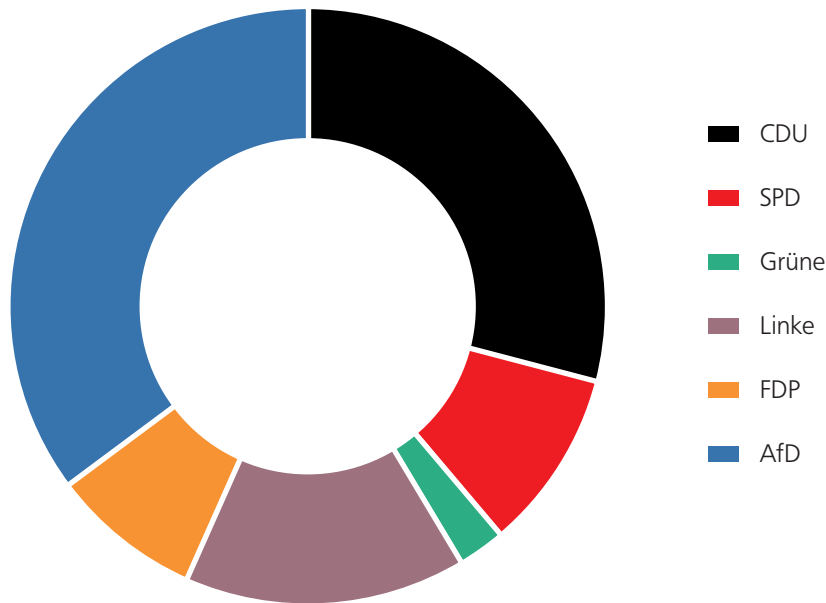
Quelle: Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung; Datenstand: 31.12.2016.

Abbildung 23  
**Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und der Bevölkerung unter 18 Jahre, Bautzen**



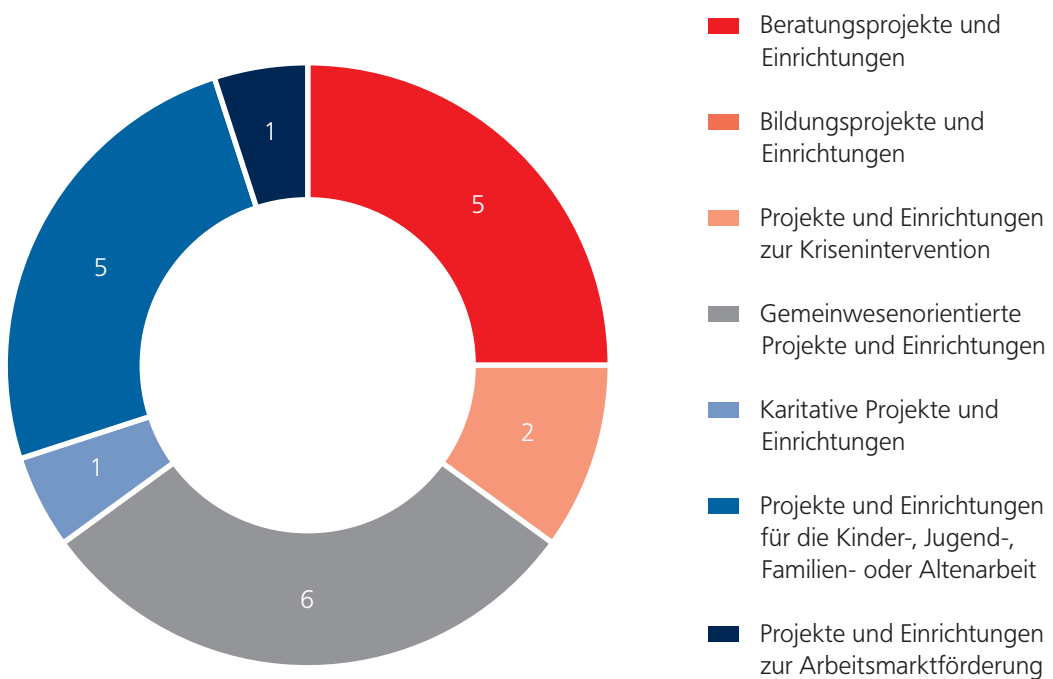
Quelle: Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung; Datenstand: 31.12.2016.

Abbildung 24  
**Ergebnisse der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2017 in Bautzen in Prozent**



Quelle: Stadt Bautzen.

Abbildung 25  
**Verteilung der Projekte nach Kategorie, Bautzen**



Quelle: eigene Erhebung.

Wirtschaftsstruktur hat sich in der Region ein, im ostdeutschen Vergleich, relativ breiter Mittelstand entwickelt. Allerdings sind die Durchschnittseinkommen im deutschlandweiten Vergleich niedrig. In Bezug auf die Sozialstruktur ist der Landkreis Bautzen, wie Abbildung 22 und 23 zeigen, durchschnittlich von Armut charakterisiert. Der Anteil der unter 18-Jährigen an der Bevölkerung fällt mit 15,4 Prozent eher niedrig aus. Der Ausländeranteil ist mit rund 2 Prozent im deutschlandweiten Vergleich gering.

Bautzen ist einer der Hochburgen der AfD, und im Wahlkreis Bautzen II haben die Rechtspopulisten der Bundestagswahl 2017 sogar die meisten Erst- und Zweitstimmen auf sich vereinen können. Die Wahlbeteiligung lag mit 75,4 Prozent knapp einen Prozentpunkt unter der bundesweiten Wahlbeteiligung. Zugleich findet sich im Alltag eine konstruierte Legitimation der Ausgrenzung von Zuwanderern und ihren Unterstützerinnen und Unterstützern (Kurtenbach 2018). Daher ist die Förderung basaler demokratischer Werte hier besonders wichtig.

In den neuen Ländern ist die Ausdifferenzierung vor allem zivilgesellschaftlicher Akteure noch nicht so weit vorangeschritten wie in den alten Ländern. Dennoch finden sich in Bautzen zahlreiche Projekte und Initiativen, welche unterschiedliche Gruppen adressieren und Ziele verfolgen. Abbildung 25 bildet die Verteilung der untersuchten Projekte nach Kategorie ab. Neben zielgruppenbezogenen Projekten finden sich hier vor allem gemeinwesenorientierte Projekte, was auch daran liegt, dass hier Projekte zur Integration von Zuwanderern subsumiert sind. Bildungsprojekte sind dagegen nicht im Sample. Dabei ist die Projektlandschaft hinsichtlich der zu erwartenden direkten Effekte auf die Herstellung von Demokratievertrauen polarisiert. Das bedeutet, dass es einige Projekte gibt, welche von ihrer Ausrichtung durchaus förderlich für die Herstellung von Demokratievertrauen sind, zahlreiche aber nicht.

Die Untersuchung des Fallbeispiels Bautzen als einzige ostdeutsche Kommune im Sample zeigt, dass der präsenste Sozialstaat auf die sozialkulturellen Herausforderungen eines Gemeinwesens reagiert. Zwar ist die sozialstrukturelle Rahmung der Spreestadt günstig, dennoch finden Rechtspopulisten einen deutlichen Zuspruch. Das legt den Schluss nahe, dass das Demokratievertrauen nicht allein durch sozialstrukturelle Rahmung bestimmt wird, sondern auch durch sozialkulturelle Faktoren. In den neuen Ländern heißt das auch, dass entwürdigende und biografisch verunsichernde Wendeerfahrungen in weiten Teilen des Gemeinwesens das Vertrauen in die Demokratie nachhaltig erschüttert haben könnten (Kurtenbach 2019). Daher ist es plausibel, dass der präsenste Sozialstaat sich hier vor allem in gemeinwesenorientierten sowie gruppenbezogenen Projekten strukturiert.

#### 4.6 DORTMUND-INNENSTADT NORD: STÄDTISCH GEPRÄGTE REGIONEN IM ANDAUERNDEN STRUKTURWANDEL

Der Bezirk Innenstadt Nord grenzt unmittelbar an den Dortmunder Hauptbahnhof, welcher zugleich die Barriere zur Innenstadt bildet. Der Bezirk besteht aus den drei Gebieten Hafen, Nordmarkt und Borsigplatz. Die Nordstadt ist eines der ärmsten Wohngebiete Dortmunds und zugleich eines der größten zusammenhängenden Altbauquartiere des Ruhrgebietes. Vor allem die armutsgeprägte Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien, welche sich in Dortmund auf die Nordstadt konzentriert, hat in den vergangenen Jahren zu Konflikten aber auch der Etablierung zahlreicher sozialer Projekte beigetragen (Kurtenbach 2013, Kurtenbach/Döring 2019). Tabelle 3 zeigt ausgewählte Sozialstrukturdaten zur Nordstadt mit ihren drei statistischen Bezirken.

Tabelle 3  
Sozialstrukturdaten Dortmund Innenstadt Nord

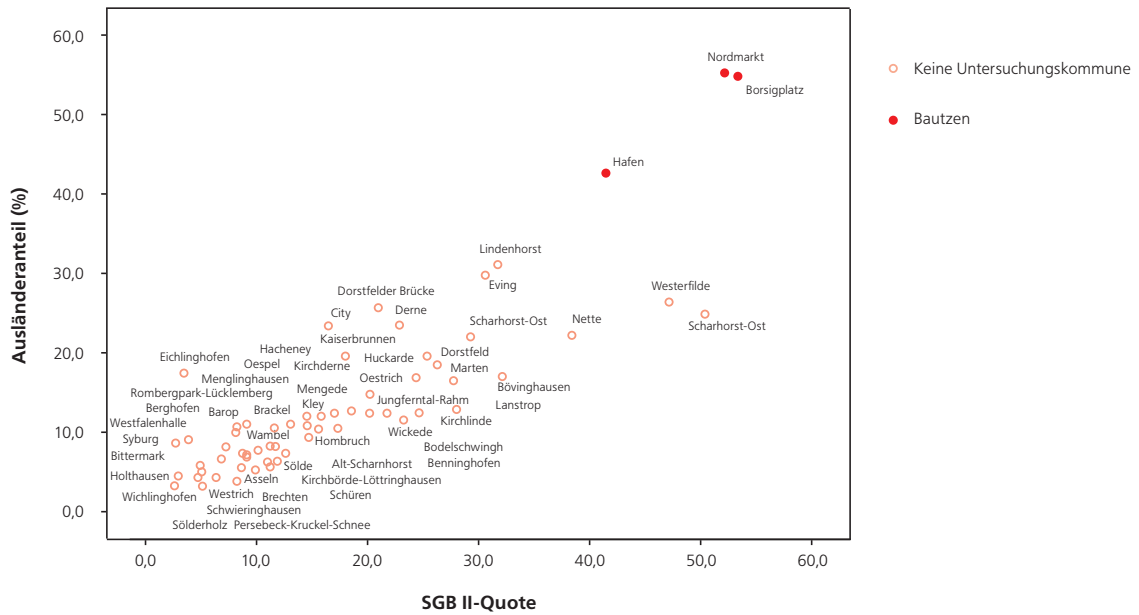
ORT	SGB II-QUOTE	AUS-LÄNDER-ANTEIL	ANTEIL DER UNTER 18-JÄHRIGEN AN DER BEVÖLKERUNG
Hafen	41,5	42,6	17,2
Nordmarkt	52,1	55,2	23,4
Borsigplatz	53,3	54,7	24,4
Dortmund	21,5	17,7	16,1

Quelle: Stadt Dortmund.

Die Werte weisen bereits darauf hin, dass die Dortmunder Nordstadt, bzw. ihre drei statistischen Bezirke, ein Ausreißer ist. Es ist ein Gebiet mit erhöhter sozialer, ethnischer und demografischer Segregation, wie Abbildungen 26 und 27 verdeutlichen. Damit ist der präsenste Sozialstaat hier grundlegend und zugleich anders als beispielsweise in Bautzen gefordert, da Integration und Teilhabe unter relativen Armutsbedingungen organisiert werden müssen.

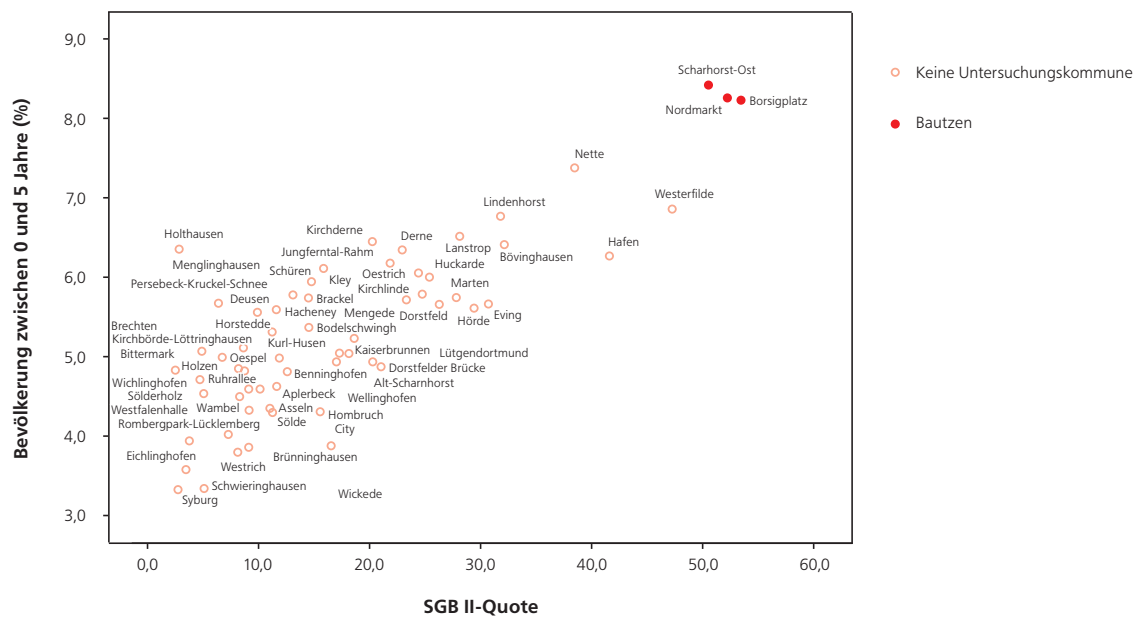
Bei Wahlen fällt die Dortmunder Nordstadt häufig mit einer relativ geringen Wahlbeteiligung auf. Bei der Bundestagswahl 2017 lag sie bei 53,6 Prozent (Dortmund gesamt: 72,3). Allerdings ist der Zusammenhang zwischen erhöhter Armutsprägung und geringer Wahlbeteiligung eines Stadtteils ein deutschlandweites Phänomen (Schäfer 2015). Bezüglich der Parteipräferenz ist die SPD in der Nordstadt deutlich führend, wie Abbildung 28 in Bezug zur Bundestagswahl 2017 zeigt. Das ist auch bei anderen Wahlen der Fall. Mit 9,9 Prozent der Zweitstimmen ist die AfD im städtischen Durchschnitt. Hervorzu-

Abbildung 26  
**Kleinräumiger Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und dem Ausländeranteil, Dortmund**



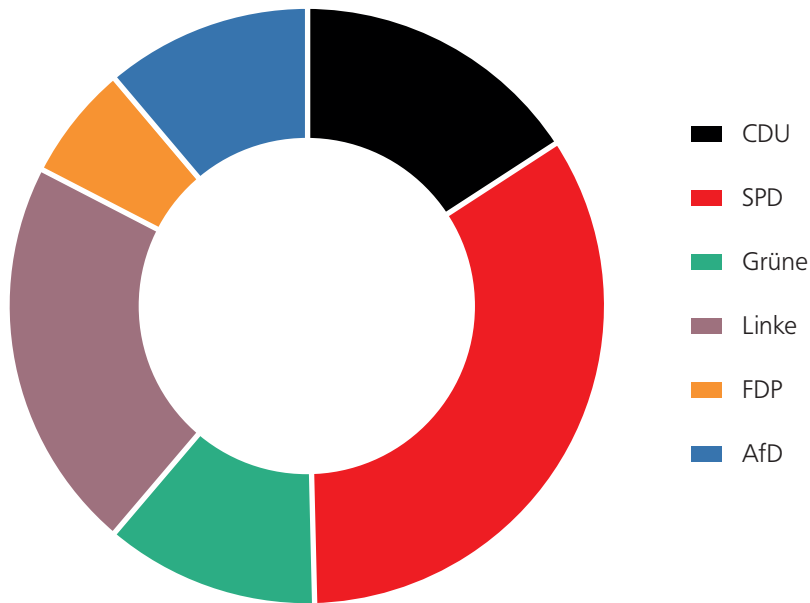
Daten: Stadt Dortmund; Datenstand 31.12.2017.

Abbildung 27  
**Kleinräumiger Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und der Bevölkerung unter 5 Jahren, Dortmund**



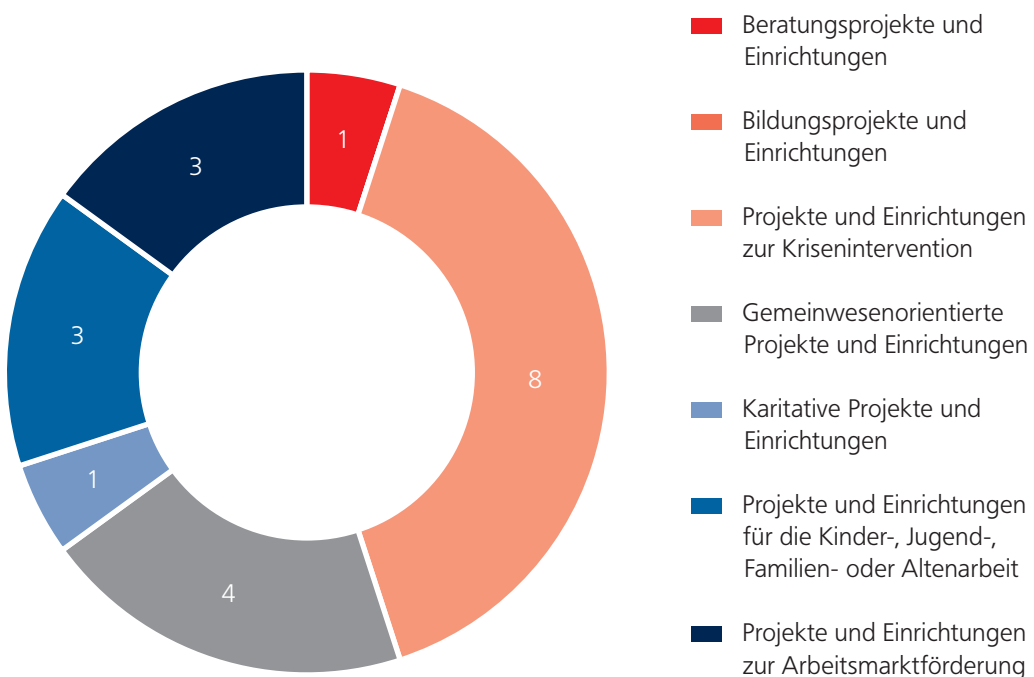
Daten: Stadt Dortmund; Datenstand 31.12.2017.

Abbildung 28  
**Ergebnisse der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2017 in Dortmund-Innenstadt Nord in Prozent**



Quelle: Stadt Dortmund.

Abbildung 29  
**Verteilung der Projekte nach Kategorie. Dortmund-Innenstadt Nord**



Quelle: eigene Erhebung.

geben ist das Ergebnis der Linken, die 19 Prozent der Zweitstimmen auf sich vereinen konnten und damit in der Nordstadt zweitstärkste Partei wurde.

In Bezug auf die Struktur des präsenten Sozialstaats finden sich in der Nordstadt gehäuft Projekte zur Krisenintervention, was die dortigen Herausforderungen verdeutlicht. Denn dort sind zahlreiche Haushalte in schwierigen Lebenslagen ansässig, welche grundlegende Hilfe benötigen, die vor Ort organisiert wird. Das zeigt, dass sich der präsent Sozialstaat an den lokalen Gegebenheiten ausrichtet und die Projektlandschaft an die Herausforderungskulisse anpasst. In Bezug auf die Herstellung von Demokratievertrauen wurden bei vier der zwanzig Projekte vier oder mehr Punkte vergeben, wodurch anzunehmen ist, dass diese einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben.

Die Untersuchung des Fallbeispiels der Dortmunder Nordstadt hat zwei Aspekte gezeigt. Zum einen, dass der präsent Sozialstaat sich auch auf existenziellen Problemlagen ausrichten kann, und so einen fundamentalen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leistet. Zum anderen, dass die Förderung von Demokratievertrauen auch in einem solch sozial belasteten Gemeinwesen möglich ist. Aufgrund des Zusammenspiels mit der geringen Wahlbeteiligung und der multiplen sozialen Probleme im Stadtteil ist der präsent Sozialstaat hier besonders herausgefordert.

## 5

## MÖGLICHKEITEN UND GRENZEN DER KOMMUNALEN DEMOKRATIEFÖRDERUNG

Die Auseinandersetzung mit dem demokratiefördernden Potenzial des präsenten Sozialstaats hat drei Kernergebnisse erbracht, die zugleich die Möglichkeiten und Grenzen einer kommunalen Demokratieförderung rahmen. Diese werden im Folgenden besprochen und anschließend reflektiert.

Ein Kernergebnis ist, dass sich der präsente Sozialstaat auf die jeweiligen *sozialstrukturellen Herausforderungen* ausrichtet. Im Zusammenwirken zwischen Regelangeboten und temporär finanzierten Projekten kann zugleich auf Veränderungen reagiert werden, wie beispielsweise die kurzzeitige verstärkte Zuwanderung Geflüchteter. Im Grunde umformt die Projektlandschaft die Herausforderungen, vor allem in armutsgeprägten Gebieten, und bezieht dabei, im Fall von Schwerpunktstadtteilen, auch gesamtstädtische Ressourcen mit ein. Damit zeigt der Sozialstaat im wahrsten Sinne des Wortes Präsenz, was ihm eine stabilisierende Wirkung auf das Gemeinwesen zuspricht. Dazu braucht es allerdings eine ständige Erneuerung, wozu präzises Steuerungswissen flexible Akteure und ausreichende Finanzmittel und Personal notwendig sind.

Ein weiteres Kernergebnis ist, dass der präsente Sozialstaat auch auf die *sozialkulturellen Herausforderungen* reagiert, was in dieser Form nicht zu erwarten war. Vor allem an Orten mit einem erhöhten Zuspruch zu Rechtspopulisten, als Indikator für Demokratieskepsis, finden sich vermehrt gemeinwesenbezogene Projekte, welche auch die Integration von Zuwanderern fördern. Damit ist der präsente Sozialstaat auch als projektive Kraft gegen demokratieaushöhlende Bestrebungen zu interpretieren, die aber dann ihre Wirkung verlieren kann, wenn an den entscheidenden Stellen Rechtspopulisten Einfluss nehmen können.

Das dritte Kernergebnis ist, dass der präsente Sozialstaat unter den Bedingungen von Wohlstand und erhöhtem Demokratievertrauen zur *Diversifizierung* neigt. Das bedeutet, dass sich zahlreiche spezifizierte Projekt entwickeln, die sich an den Bedürfnissen von Klientengruppen orientieren, jedoch nur im durchschnittlichen Ausmaß einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen ausüben. Das erscheint plausibel, da der präsente Sozialstaat hier andere Herausforderungen adressiert und sich eher an Gruppeninteressen orientiert.

Die Kernergebnisse zeigen, dass der präsente Sozialstaat ein vitaler Bestandteil der Demokratie ist. Damit ist nicht das einzel-

ne Projekt, sondern die jeweilige kommunale Projekt- und Einrichtungslandschaft gemeint. Für die Gestaltung der Kommunen bedeutet dies, dass sie ein verstehendes Steuerungswissen benötigen, das neben der Sozialstruktur auch sozialkulturelle Aspekte miteinschließt. Daher empfiehlt es sich ein datengetriebenes, kleinräumiges sowie regionales Monitoring aufzubauen, um den sozialstrukturellen Aspekt abzudecken. Hier sollten aber ebenfalls sozialkulturelle Dimensionen mit einbezogen werden, wie Wahldaten, aber auch Daten zur Kriminalitätsbelastung und politisch motivierten Straftaten. Zudem können die Kommunen selbst Umfragen durchführen und die Ergebnisse in ein solches Monitoring einspeisen.

Für die Ausgestaltung des präsenten Sozialstaats im Sinne der Förderung eines direkten Effekts auf die Herstellung von Demokratievertrauen bedeuten die Ergebnisse, dass der Staat, in diesem Falle die Kommunen, selbst Präsenz zeigen sollten. Zweifelsohne gibt es hier unterschiedliche kommunale Traditionen und rechtliche Rahmenbedingungen, beispielsweise in der Jugendhilfe. Dennoch kann die Kommune kenntlich machen, dass sie das jeweilige Projekt fördert. Das würde ihre Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung stärken und ihr erlauben, als sich kümmernder Akteur aufzutreten. Zudem sind Intergruppenkontakte sowie Möglichkeiten der Gestaltbarkeit Elemente, die bei der Projektplanung mitbedacht werden können.

Seine Grenzen findet der präsente Sozialstaat in dreierlei Weise. Erstens ist eine angemessene Ausstattung mit finanziellen Mitteln sowie Personal unerlässlich. Zwar leistet das Ehrenamt einen unschätzbaren Beitrag zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, dennoch braucht es hauptamtliche Fachkräfte bei der Gestaltung und Umsetzung sozialer Angebote vor Ort, die durch ehrenamtliche Kräfte ergänzt werden können. Hier leisten Rahmenprogramme wie „Demokratie leben!“ einen wichtigen Beitrag, da sie Projektgelder zur jeweiligen Anpassung des präsenten Sozialstaats an die kommunalen Herausforderungen bereitstellen. Zweitens ist der präsente Sozialstaat im Falle der Entscheidungsgewalt demokratiedistanter Akteure gefährdet. Hier ist anzunehmen, dass in einem solchen Falle Angebote zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, wie gemeinwesenorientierte Projekte, nicht mehr in gleichem Maße gefördert würden. Drittens können radikale Gruppen von ihm nicht (mehr) erreicht werden. Der präsente Sozialstaat hat demnach eine rein präventive, aber keine intervenierende Wirkung.



## 6

### FAZIT

Ausgangspunkt der Studie war die Annahme, dass durch sozialpolitische Maßnahmen auf der kommunalen Ebene Vertrauen in die Demokratie hergestellt werden könne. Dafür wurde die Literatur aufgearbeitet, wobei sich zeigte, dass es für diese Überlegung bislang nur wenige empirische Studien gibt. Daher wurde der Pfad einer konzeptionellen und empirischen Plausibilisierung eingeschlagen, um so die Grundlage zu schaffen, die angenommene Kausalbeziehung zwischen Sozialstaat und Demokratievertrauen in weiterführenden Arbeiten zu überprüfen. Die Annahme des Zusammenhangs zwischen sozialpolitischer Intervention und Herstellung von Demokratievertrauen ist dabei eingebettet in das Konzept des präsenten Sozialstaats, um herauszuschälen, welche Art von Projekten einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben können. Anschließend wurden auf Grundlage der Clusteranalyse von Fina und Kollegen (2019) fünf Fallbeispiele ausgewählt, an denen die jeweilige Projektlandschaft exemplarisch untersucht wurde. Dort wurden jeweils 20 Projekte recherchiert und, basierend auf einem heuristischen Vorgehen, bepunktet, um abzuschätzen, ob sie einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben. Die Analyse hat drei Kernergebnisse hervorgebracht. Der präsenten Sozialstaat richtet sich sowohl an sozialstrukturellen als auch an soziokulturellen Rahmenbedingungen aus und neigt unter den Bedingungen von Wohlstand und Demokratievertrauen zur Diversifizierung.

Damit lautet die Antwort auf die Forschungsfrage „Führt ein präsenten Sozialstaat zur mehr Vertrauen in die (lokale) Demokratie?“ wie folgt: Ja, Projekte und Angebote als Ausdruck des präsenten Sozialstaats können, sofern sie ein bestimmtes Profil aufweisen, einen positiven direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen haben. Allerdings reagiert der präsenten Sozialstaat auf sozialstrukturelle und soziokulturelle Herausforderungen und neigt zur Schwerpunktsetzung zu Gunsten sozialstruktureller Faktoren. Demnach kommt es auf das Umfeld an, in welchem sich der präsenten Sozialstaat als Projektlandschaft organisiert.

Allerdings sind die Ergebnisse mit einigen Einschränkungen verbunden, von denen zwei als Rahmung genannt werden müssen. Zum einen konnten keine Kausalanalysen vorgenommen werden, da weder Einstellungsdaten noch Informationen zum Projektbesuch im Längsschnitt vorlagen. Zum anderen wurden nur fünf Fälle untersucht, und es ist unklar, wie weit die

Reichweite der Ergebnisse einzuschätzen ist. Hier musste auch auf die Selbstpräsentation der Projekte auf ihren jeweiligen Websites zurückgegriffen werden, was die zugrundeliegende Aussagekraft der genutzten Daten mindern kann. Für die Interpretation der Ergebnisse ist noch einmal zu betonen, dass hier Angebotslandschaften nach anzunehmenden direkten Effekten auf die Herstellung von Demokratievertrauen untersucht wurden. Daraus erwächst keine Folgerung für den Ersatz notweniger Strukturpolitik zur Erhaltung der Daseinsvorsorge, sondern lediglich eine Folgerung daraus, wie lokale Angebote des präsenten Sozialstaats gestaltet werden können, um einen direkten Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen auszuüben.

Trotz der Einschränkungen sind wir nun einen Schritt weiter beim Verständnis des Zusammenhangs von sozialpolitischem Handeln auf der kommunalen Ebene und der Herstellung von Demokratievertrauen, was vor dem Hintergrund des übersichtlichen empirischen Forschungsstands Not tut. Der präsenten Sozialstaat reagiert auf soziokulturelle und sozialstrukturelle Herausforderungen und diversifiziert sich unter den Bedingungen von Wohlstand und erhöhtem Demokratievertrauen. Die Ergebnisse sind allerdings als konzeptionelle und empirische plausibilisierte Annahmen für weitergehende Arbeiten zu verstehen. Um die Wirksamkeit des präsenten Sozialstaats auf die Herstellung von Demokratievertrauen zu untersuchen, müssen dazu detaillierte Informationen über die Projekte vorliegen, was mit einem online-survey und/oder teilnehmenden Beobachtungen sowie Expertengesprächen abgedeckt werden kann. Das ist aber nur eine Seite der Medaille - die andere, unerlässliche, ist die Einstellungsebene. Hier sollte das Demokratievertrauen abgefragt werden, und das in Verbindung auf die subjektive soziale Situation sowie Kontakt zum präsenten Sozialstaat. Denn um die Wirksamkeit des präsenten Sozialstaats zu verstehen, braucht es die doppelte Betrachtung von Projekten und Klienten.

Für die *kommunale Praxis* ergeben sich zwei Aspekte aus der Studie: Zum einen müssen die räumlich kontextuellen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden, unter denen sich der präsenten Sozialstaat ausformt, was ein *Kontextgebot* bedeutet. Denn nicht in jeder Kommune sind die gleichen Herausforderungen zu finden, selbst bei ähnlich gelagerten Themen, wie z.B. Kinderarmut. Hier bedarf es jeweils eines spezifischen Wissens über die phänomenbezogenen Hintergründe in der je-

weiligen Kommune. Zum anderen ist die Organisation des präsenten Sozialstaats mit der Herausforderung konfrontiert, dass Angebote der Regelstruktur und Projekte passend aufeinander abgestimmt werden müssen, was im *Vernetzungsgebot* zum Ausdruck kommt. Denn der präsente Sozialstaat zeigt, dass er sich auf die jeweiligen Herausforderungen am Ort einstellt, wodurch ihm eine stabilisierende Kraft für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zufällt. Um diese Dynamik aber beizubehalten, müssen die verschiedenen Angebote ihre Erfahrungen teilen und zusammenwirken.

Für die *politische Gestaltung* des präsenten Sozialstaats brauchen die Kommunen ausreichende finanziellen Spielräume. In Deutschland haben die Kommunen zwar das Recht der kommunalen Selbstverwaltung, besitzen häufig aber kaum die Ressourcen, diese Handlungsspielräume gewinnbringend zu nutzen. Für die Gestaltung des präsenten Sozialstaats ergibt sich daraus das *Ausstattungsgebot*, was vor allem für überschuldete Kommunen gilt. Für diese Fälle braucht es ernsthafte Entschuldungsprogramme, um die häufig angespannte soziale Situation vor Ort auch adäquat adressieren zu können. Ein weiterer Aspekt berührt die Organisation des präsenten Sozialstaats. Die empirischen Ergebnisse aus dem Forschungsstand weisen darauf hin, dass ein misstrauischer Staat auch Misstrauen in den Staat erzeugt. Demnach besteht ein *Vertrauensgebot* des präsenten Sozialstaats gegenüber seinen Bürger\_innen. Ein Grundvertrauen sollte sich sowohl in der strategischen Planung sozialstaatlicher Angebote als auch in der Ausbildung von Fachkräften in der Sozialverwaltung und Sozialen Arbeit widerfinden.

Die Ergebnisse der Studie können auch als Orientierungspunkte für die kommunale Praxis genutzt werden, und das sowohl für politische Entscheidungsträger als auch für Verantwortliche in Wohlfahrtsverbänden oder anderen intermediären Organisationen. Wenn direkte Effekt auf die Herstellung von Demokratievertrauen mit einem Projekt erreicht werden sollen, können die sechs Dimension universelle Prävention, Gruppenbezug, Erkennbarkeit des Staates, Zugänglichkeit, Gestaltbarkeit/Verantwortungsübernahme sowie Unmittelbarkeit mitbedacht werden. Das bedeutet nicht, dass immer jede der Dimensionen unbedingt adressiert werden muss, sie geben aber eine Orientierung, ob das Vertrauen in die Demokratie gefördert werden kann. Alles in allem zeigt sich, dass der präsente Sozialstaat ein demokratiestabilisierender und fördernder Faktor ist, der auf der Kommune seinen alltäglichen Ausdruck findet. Damit ruht in der Förderung und Ausgestaltung kommunaler Sozialpolitik auch ein bewahrendes Element der offenen Gesellschaft, welches aktiv gegen Ausgrenzung und Nationalismus steht.

# Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

- 6 Abbildung 1  
**Zusammenhang zwischen Vertrauen in die Kommunalverwaltung und subjektivem Einkommensstatus**
- 10 Abbildung 2  
**Disparitätenkarte**
- 12 Abbildung 3  
**Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 auf Ebene der Gemeinden**
- 13 Abbildung 4  
**Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2017 in Köln**
- 16 Abbildung 5  
**Lebensphasenentwicklung**
- 18 Abbildung 6  
**Exemplarische Darstellung der vertikalen und horizontalen Angebotsordnung**
- 20 Abbildung 7  
**Ökologie menschlicher Entwicklung nach Bronfenbrenner**
- 22 Abbildung 8  
**Soziale Belastung auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte**
- 23 Abbildung 9  
**Verteilung der Projekte nach Kategorie, gesamt**
- 24 Abbildung 10  
**Kleinräumiger Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und dem Ausländeranteil, Münster**
- 24 Abbildung 11  
**Kleinräumiger Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und dem Anteil der Bevölkerung unter 19 Jahren, Münster**
- 26 Abbildung 12  
**Ergebnisse der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2017 in Münster-Coerde in Prozent**
- 26 Abbildung 13  
**Verteilung der Projekte nach Kategorie, Münster-Coerde**
- 28 Abbildung 14  
**Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und dem Ausländeranteil, Leichlingen**
- 28 Abbildung 15  
**Kleinräumiger Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und dem Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahre, Leichlingen**
- 29 Abbildung 16  
**Ergebnisse der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2017 in Leichlingen in Prozent**
- 29 Abbildung 17  
**Verteilung der Projekte nach Kategorie, Leichlingen**
- 30 Abbildung 18  
**Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und dem Ausländeranteil, Bergheim**
- 30 Abbildung 19  
**Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und dem Anteil der Bevölkerung unter 18 Jahre, Bergheim**
- 31 Abbildung 20  
**Ergebnisse der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2017 in Bergheim (Erft) in Prozent**
- 31 Abbildung 21  
**Verteilung der Projekte nach Kategorie, Bergheim (Erft)**
- 32 Abbildung 22  
**Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und dem Ausländeranteil, Bautzen**
- 32 Abbildung 23  
**Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und der Bevölkerung unter 18 Jahre, Bautzen**
- 33 Abbildung 24  
**Ergebnisse der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2017 in Bautzen in Prozent**
- 33 Abbildung 25  
**Verteilung der Projekte nach Kategorie, Bautzen**
- 35 Abbildung 26  
**Kleinräumiger Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und dem Ausländeranteil, Dortmund**
- 35 Abbildung 27  
**Kleinräumiger Zusammenhang zwischen der SGB II-Quote und der Bevölkerung unter 5 Jahren, Dortmund**
- 36 Abbildung 28  
**Ergebnisse der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2017 in Dortmund-Innenstadt Nord in Prozent**
- 36 Abbildung 29  
**Verteilung der Projekte nach Kategorieart, Dortmund-Innenstadt Nord**
- 21 Tabelle 1  
**Auswahl der Untersuchungsorte**
- 21 Tabelle 2  
**Sozialstrukturelle Beschreibung der ausgewählten Untersuchungsfälle**
- 34 Tabelle 3  
**Sozialstrukturdaten Dortmund Innenstadt Nord**

# Literaturverzeichnis

- Allport, Gordon W.** 1954: *The Nature of Prejudice*, London et al.
- Anderson, Elijah 1999: *Code of the Street: Decency, Violence and the Moral Life of the Inner City*, New York.
- Bergmann, Knut; Diermeier, Matthias; Niehues, Judith** 2017: Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener?, in: *Zeitschrift Für Parlamentsfragen*, 48(1), S. 57–75.
- Bergmann, Knut; Diermeier, Matthias; Niehues, Judith** 2018: Ein komplexes Gebilde: Eine sozio-ökonomische Analyse des Ergebnisses der AfD bei der Bundestagswahl 2017, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 49(2), S. 243–264.
- Blumer, Herbert** 1958: Race Prejudice as a Sense of Group Position, in: *The Pacific Sociological Review*, 1(1), S. 3–7.
- Bundesministerium des Inneren, Bauen und Heimat (BMI)** 2019: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse/gleichwertige-lebensverhaeltnisse-node.html> (29.8.2019)
- Bogumil, Jörg; Holtkamp, Lars** 2002: Bürgerkommunen konkret: Vom Leitbild zur Umsetzung, Bonn.
- Bogumil, Jörg; Holtkamp, Lars** 2006: Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung: Eine policyorientierte Einführung, Wiesbaden.
- Bowyer, Benjamin** 2008: Local context and extreme right support in England: The British National Party in the 2002 and 2003 local elections, in: *Electoral Studies*, 27 (4), S. 611–620.
- Bronfenbrenner, Urie** 1981: *Die Ökologie der menschlichen Entwicklung*, Stuttgart.
- Bude, Heinz; Lantermann, Ernst-Dieter** 2006: Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 58 (2), S. 233–252.
- Chetty, Raj; Hendren, Nathaniel; Katz, Lawrence F.** 2015: The Effects of Exposure to Better Neighborhoods on Children: New Evidence from the Moving to Opportunity Experiment, NBER Working Paper, 21156, Cambridge.
- Christensen, Tom; Lægroid, Per** 2005: Trust in Government, in: *Public Performance & Management Review*, 28(4), S. 487–511.
- Decker, Frank; Best, Volker; Fischer, Sandra; Küppers, Anne** 2019: *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Edlund, Jonas** 1999: Trust in government and welfare regimes: Attitudes to redistribution and financial cheating in the USA and Norway, in: *European Journal of Political Research*, 35(3), S. 341–370.
- Eilfort, Michael** 2006: Wahlenthaltung: Ein vielschichtiges Phänomen mit wachsender Bedeutung: Wählen ist nicht mehr Konvention, Enthaltung nicht mehr nur Desinteresse. in: Hoecker, Beate (Hrsg.): *Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest: Eine studienorientierte Einführung*, Opladen, S. 55–73.
- El-Mafaalani, Aladin** 2011: Ungleiches ungleich behandeln: Inklusion bedeutet Umdenken, in: *Berufsbildung in Wissenschaft und Praxis*, 40(2), S. 39–42.
- El-Mafaalani, Aladin; Kurtenbach, Sebastian** 2014: Das Raumparadoxon der Bildungspolitik: Warum Bildungsinvestitionen sozialräumlicher Segregation nicht entgegenwirken, in: *Theorie Und Praxis Der Sozialen Arbeit*, 65(5), S. 344–351.
- El-Mafaalani, Aladin; Kurtenbach, Sebastian; Strohmeier, Klaus P.** 2015: Vorwort. In: El-Mafaalani, Aladin; Kurtenbach, Sebastian; Strohmeier, Klaus P. (Hrsg.): *Auf die Adresse kommt es an: Segregierte Stadtteile als Problem- und Möglichkeitsräume begreifen*, Weinheim und München, S. 9–17.
- El-Mafaalani, Aladin; Fathi, Alma; Mansour, Ahmad; Müller, Jochen; Nordbruch, Götz; Waleciak, Julian** 2016: Prävention und Deradikalisierung, in: Biene, Janusz; Daase, Christopher; Junk, Julian; Müller, Harald (Hrsg.): *Salafismus und Dschihadismus in Deutschland: Ursachen, Dynamiken, Handlungsempfehlungen*, Frankfurt a. M., S.233-271.
- Engelmann, Fabian; Halkow, Anja** 2008: Der Setting-Ansatz in der Gesundheitsförderung: Genealogie, Konzeption, Praxis, Evidenzbasierung, WZB Discussion Paper, 302, Berlin.
- Esping-Andersen, Gøsta** 1990: *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge.
- Fina, Stefan; Osterhage, Frank; Rönsch, Jutta; Rusche, Karsten; Siedentop, Stefan; Zimmer-Hegmann, Ralf; Danielczyk, Rainer** 2019: *Ungleiches Deutschland*, Bonn.
- Franz, Christian; Fratzscher, Marcel; Kritikos, Alexander S.** 2018: AfD in dünn besiedelten Räumen mit Überalterungsproblemen stärker, *DIW-Wochenbericht*, 85(8), S. 135–144.
- Friedrichs, Jürgen** 2017: Effekte des Wohngebiets auf die mentale und physische Gesundheit der BewohnerInnen, in: Fabian, Carlo; Drilling, Matthias; Niermann, Oliver; Schnur, Olaf (Hrsg.): *Quartier und Gesundheit*, Wiesbaden, S. 41–57.
- Friedrichs, Jürgen; Blasius, Jörg** 2000: *Leben in benachteiligten Wohngebieten*, Opladen.
- Friedrichs, Jürgen; Triemer, Sascha** 2009: *Gespaltene Städte?: Soziale und ethnische Segregation in deutschen Großstädten*, Wiesbaden.
- Frykmann, Jonas; Hammarlin, Mia-Marie; Hansen, Kjell; Rothstein, Bo; Stensöta, Helena O.; Schierenbeck, Isabell** 2009: Sense of Community. Trust, Hope and Worries in the Welfare State. in: *Ethnologia Europaea*, 39(1), S. 7–46.
- Galster George** 2012: Neighbourhoods and Their Role in Creating and Changing Housing, in: Clapham, David F.; Clark, William A.V.; Gibb, Kenneth (Hrsg.): *The SAGE Handbook of Housing Studies*, Thousand Oaks, S. 177–227.
- Gelissen, John P. T. M.; van Oorschot, Wim J. H.; Finsveen, Ellen** 2012: How does the Welfare State Influence Individuals' Social Capital?: Eurobarometer Evidence on Individuals' Access to Informal Help, in: *European Societies*, 14(3), S. 416–440.
- Grimmer, Bettina** 2018: *Folgsamkeit herstellen. Eine Ethnographie der Arbeitsvermittlung im Jobcenter*, Bielefeld.
- Grohs, Stephan; Reiter, Renate** 2014 : *Kommunale Sozialpolitik: Handlungsoptionen bei engen Spielräumen*, Bonn.
- Groos, Thomas; Kersting, Volker** 2015 : *Segregierte Kinderarmut und Gesundheit*, in: Heinze, Rolf G.; Kurtenbach, Sebastian; Üblacker, Jan (Hrsg.): *Digitalisierung und Nachbarschaft: Erosion des Zusammenlebens oder neue Vergemeinschaftung?*, Baden-Baden, S. 76–107.
- Grossmann, Ralph; Scala, Klaus** 2003: Setting-Ansatz in der Gesundheitsförderung. in: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.): *Leitbegriffe der Gesundheitsförderung: Glossar zu Konzepten, Strategien und Methoden der Gesundheitsförderung*, Schwabenheim a. d. Selz, S. 205–206.
- Heitmeyer, Wilhelm** 2018: *Autoritäre Versuchungen*, Berlin.
- Heitmeyer, Wilhelm; Howell, Simon; Kurtenbach, Sebastian; Rauf, Abdul; Zaman, Muhammad; Zdon, Steffen** 2019: *The Codes of the Street in Risky Neighborhoods: A Cross-Cultural Comparison of Youth Violence in Germany, Pakistan, and South Africa*, New York City.
- Helbig, Marcel; Jähnen, Stefanie** 2018: *Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte?: Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten*, WZB Berlin Social Science Center Discussion Paper, P 2018-001.
- Husserl, Edmund** 2012: *Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie: eine Einleitung in die phänomenologische Philosophie*, Hamburg.
- Kääriäinen, Juha; Lehtonen, Heikki** 2006: The variety of social capital in welfare state regimes: A comparative study of 21 countries, in: *European Societies*, 8(1), S. 27–57.
- Kain, John F.** 1992: The spatial mismatch hypothesis: three decades later, in: *Housing Policy Debate*, 3(2), S. 371–392.
- Klages, Helmut** 2014: *Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene*, Bonn.
- Klinger, Julia; Müller, Stefan; Schaeffer, Merlin** 2017: Der Halo-Effekt in einheimisch-homogenen Nachbarschaften: steigert die ethnische Diversität angrenzender Nachbarschaften die Xenophobie in Deutschland?, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 46(6), S. 402–419.
- Kohl, Jürgen** 2017: *Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates hohe Verantwortung, verlorenes Vertrauen?*, Bonn.
- Kroh, Martin; Fetz, Karolina** 2016: Das Profil der AfD-AnhängerInnen hat sich seit Gründung der Partei deutlich verändert, *DIW Wochenbericht*, 34, S. 711–720.
- Kumlin, Staffan; Rothstein, Bo** 2005: Making and breaking social capital: The impact of welfare-state institutions, in: *Comparative Political Studies*, 38(4), S. 339–365.

- Kurtenbach, Sebastian** 2017: Leben in herausfordernden Wohngebieten, Wiesbaden.
- Kurtenbach, Sebastian** 2018: Ausgrenzung Geflüchteter, Wiesbaden.
- Kurtenbach, Sebastian** 2019a: Digitale Segregation: Sozialräumliche Muster der Nutzung digitaler Nachbarschaftsplattformen, in: Heinze, Rolf G.; Kurtenbach, Sebastian; Üblacker, Jan (Hrsg.): Digitalisierung und Nachbarschaft: Erosion des Zusammenlebens oder neue Vergemeinschaftung?, Baden-Baden, S. 115–142.
- Kurtenbach, Sebastian** 2019b: Kein Platz für Flüchtlinge?: Eine empirische Untersuchung der Ausgrenzung Geflüchteter am Beispiel der Stadt Bautzen, in: Raumforschung und Raumordnung, 77(4), S. 1–16.
- Kurtenbach, Sebastian; Schäfer, Ina** 2016: Möglichkeiten zur Prävention von Kontexteffekten im Jugendalter durch Soziale Arbeit am Beispiel einer Roma Siedlung, in: Soziale Passagen, 8(1), S. 157–172.
- Lengfeld, Holger; Dilger, Clara** 2018: Eine Analyse der Ursachen der Parteiidentifikation mit der „Alternative für Deutschland“ mit dem Sozio-ökonomischen Panel 2016, in: Zeitschrift für Soziologie, 47(3), S. 181–199.
- Luhmann, Niklas** 2000: Vertrauen: Ein Mechanismus zur Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart.
- Lux, Thomas** 2018: Die AfD und die unteren Statuslagen: Eine Forschungsnotiz zu Holger Lengfelds Studie Die „Alternative für Deutschland“: eine Partei für Modernisierungsverlierer?, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, S. 255–273.
- Nonnenmacher, Alexandra** 2009: Ist Arbeit eine Pflicht?, Wiesbaden.
- Nonnenmacher, Alexandra** 2015: Städtische Armutsquartiere und Bildung, in: Coelen, Thomas; Heinrich, Anna J.; Million, Angela (Hrsg.): Stadtbaustein Bildung, Wiesbaden, S. 137–145.
- Petermann, Sören; Strohmeier, Klaus P.; Yaltzis, Katharina** 2019: Kontexte des Wohlbefindens von Kindern und Jugendlichen: Integrierende Stadtentwicklung mit dem kommunalen kleinräumigen Monitoring-Instrument UWE, in: Raumforschung und Raumordnung, 77(4), S. 1–18.
- Pettigrew, Thomas F.; Tropp, Linda R.** 2006: A Meta-analytic Test of Intergroup Contact Theory, in: Journal of Personality and Social Psychology, 90(5), S. 751–783.
- Pfahl-Traughber, Armin** 2019: Die AfD und der Rechtsextremismus: Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive, Wiesbaden.
- polis** 2016: Vertrauen der Bevölkerung in die Politik: Ergebnisse einer Repräsentativuntersuchung im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Deidesheim.
- Quent, Matthias; Schulz, Peter** 2015: Rechtsextremismus in lokalen Kontexten, Wiesbaden.
- Quillian, Lincoln** 1995: Prejudice as a Response to Perceived Group Threat: Population Composition and Anti-Immigrant and Racial Prejudice in Europe, in: American Sociological Review 60(4), S. 586–611.
- Riederer, Bernhard; Teitzer, Roland** 2012: Effekte der sozialen Position auf Vertrauen in Politik und Demokratie in Österreich, in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 37(1), S. 5–22.
- Rosenberger, Sieglinde; Haselbacher, Miriam** 2016: Populistischer Protest: Mobilisierung gegen Asylunterkünfte in oberösterreichischen Gemeinden, SWS-Rundschau, (Januar), S. 399–421.
- Rydgren, Jens; Ruth, Patrick** 2013: Contextual Explanations of Radical Right-Wing Support in Sweden: Socioeconomic Marginalization, Group Threat, and the Halo Effect, in: Ethnic and Racial Studies, 36(4), S. 711–728.
- Schäfer, Armin** 2010: Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa, in: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 4(1), S. 131–156.
- Schäfer, Armin** 2015: Der Verlust politischer Gleichheit: Warum die sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, Frankfurt am Main.
- Schräpler, Jörg P.; Jeworutzki, Sebastian; Butzin, Bernhard; Terpoorten, Tobias; Goebel, Jan; Wagner, Gert** 2017: Wege zur Metropole Ruhr, ZEFIR-Materialien Band 6., Bochum.
- Schröder, Martin** 2018: AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich, SOEPpapers, 975, Berlin.
- Schütz, Alfred** 1981: Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt: Eine Einleitung in die verstehende Soziologie, Frankfurt am Main.
- Schultz, Annett; Strohmeier, Klaus P.; Wunderlich, Holger** 2009: Örtliche Familienpolitik: warum und wie?, in: Dms - Der Moderne Staat - Zeitschrift für Public Policy, Recht und Management, 1, S. 185–206.
- Shaw, Clifford R.; McKay, Henry D.** 1969: Juvenile Delinquency and Urban Areas, Chicago.
- Steinmayr, Andreas** 2016: Exposure to Refugees and Voting for the Far-Right: (Unexpected) Results from Austria, IZA Discussion Paper, Vol. 9790.
- Strohmeier, Klaus P.** 2006: Segregation in den Städten, Berlin.
- Strohmeier, Klaus P.** 2009: Die Stadt im Wandel: Wiedergewinnung von Solidarpotential, in: Biedenkopf, Kurt; Bertram, Hans; Niejahr, Elisabeth (Hrsg.): Starke Familie - Solidarität, Subsidiarität und kleine Lebenskreise: Bericht der Kommission »Familie und demographischer Wandel«, Stuttgart, S. 157–173.
- Strohmeier, Klaus P.** 2010: Durchschnitt ist nirgends: Segregation und die Gesundheit von Kindern in der Stadt, in: Dahme, Heinz-Jürgen; Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Systemanalyse als politische Reformstrategie, Wiesbaden, S. 318–334.
- Strohmeier, Klaus P.; Gehne, David H.; Kurtenbach, Sebastian** 2015: Kleinräumige Segregationseffekte von Bergwerksstilllegungen am Beispiel ausgewählter Kommunen, ZEFIR-Forschungsbericht Band 7, Bochum.
- Strohmeier, Klaus P.** 2008: Unterstadt: für wen ist Segregation gefährlich?, in: Groenemeyer, Axel; Wieseler, Silvia (Hrsg.): Soziologie sozialer Probleme und sozialer Kontrolle: Realitäten, Repräsentationen und Politik, Wiesbaden, S. 488–501.
- Strohmeier, Klaus P.** 2007: Familien in der Stadt: Herausforderungen der städtischen Sozialpolitik, in: Baum, Detlef (Hrsg.): Die Stadt in der sozialen Arbeit: Ein Handbuch für soziale und planende Berufe, Wiesbaden, S. 246–261.
- Teney, Celine** 2012: Space Matters: The Group Threat Hypothesis Revisited with Geographically Weighted Regression: The Case of the NPD 2009 Electoral Success, in: Zeitschrift für Soziologie, 41(3), S. 207–226.
- Terpoorten, Tobias** 2014: Räumliche Konfiguration der Bildungschancen: Segregation und Bildungsdisparitäten am Übergang in die weiterführenden Schulen im Agglomerationsraum Ruhrgebiet, ZEFIR-Materialien Band 3, Bochum.
- Tobias, Gertrud; Böttner, Johannes (Hrsg.)** 1992: Von der Hand in den Mund: Armut und Armutsbewältigung in einer westdeutschen Großstadt, Essen.
- Valdez, Sarah** 2014: Visibility and votes: A Spatial Analysis of Anti-Immigrant Voting in Sweden, in: Migration Studies, 2(2), S. 162–188.
- Vetter, Angelika (2011): Lokale Politik als Rettungsanker der Demokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 7–8, S. 1–8.
- von Haldenwang, Christian** 2002: Electronic Government und Entwicklung: Ansätze zur Modernisierung der öffentlichen Politik und Verwaltung, Bonn.
- Vorländer, Hans; Herold, Maik; Schäller, Steven** 2016: PEGIDA, Wiesbaden.
- Wilson, William J.** 1987: The Truly Disadvantaged: the Inner City, the Underclass and Public Policy, Chicago.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm** 2019: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/2019, Bonn.



## Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek

## IMPRESSUM

© 2019

### **Friedrich-Ebert-Stiftung**

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Bestellung/Kontakt: [BeMo@fes.de](mailto:BeMo@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

**ISBN: 978-3-96250-476-2**

Titelmotiv: [birdys – photocase.de](http://birdys-photocase.de)

Gestaltungskonzept: [www.bergsee-blau.de](http://www.bergsee-blau.de)

Umsetzung/Layout: [www.zumweissenroessl.de](http://www.zumweissenroessl.de)

Druck: [www.druckerei-brandt.de](http://www.druckerei-brandt.de)

Gedruckt auf RecyStar Polar (100 Prozent Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem blauen Engel).

## FÜR EIN BESSERES MORGEN

### Präsenter Sozialstaat – Wie wir die Demokratie vor Ort stärken können

Die Menschen in Deutschland wünschen sich einen starken Sozialstaat. Wie eine Umfrage der OECD von 2019 zeigt, finden sie, „dass die Regierung mehr dafür tun sollte, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Absicherung zu gewährleisten“. Auch andere Studien zeigen: Die Deutschen wollen, dass der Staat mehr in Schulen, Pflegeeinrichtungen und Kitas investiert. Diese Haltung entspricht einer zentralen These der Sozialen Demokratie: Keine funktionierende Demokratie ohne Sozialstaat.

Aber trotz dieser positiven Einstellung der Bevölkerung zum Sozialstaat und obwohl der deutsche Staat im internationalen Vergleich überdurchschnittlich viel in Soziales investiert, können wir beobachten, dass mehr als die Hälfte der Deutschen unzufrieden damit ist, wie die Demokratie hierzulande funktioniert.

Die vorliegende Studie schaut genauer auf die Zusammenhänge: Inwieweit stärkt der „präsenste Sozialstaat“ vor Ort, die Akzeptanz der Menschen für die Demokratie? Im Fokus der Untersuchung stehen nicht abstrakte Institutionen und Theorien. Maßgeblich ist, wie der Sozialstaat konkret, täglich und persönlich vor Ort präsent ist. Zum Beispiel bei Projekten der Jugendhilfe. Die Autor\_innen kommen dabei zu teils unerwarteten Ergebnissen und machen konkrete Handlungsvorschläge für die Politik.

#### Der Autor

**Dr. Sebastian Kurtenbach** ist Vertretungsprofessor für Politikwissenschaften, Schwerpunkt Sozialpolitik und kommunale Sozialpolitik an der Fachhochschule Münster. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in der sozialwissenschaftlichen Stadt-, Migrations- und Konfliktforschung.  
Kontakt: Kurtenbach@fh-munester.de



Weitere Informationen zum Projekt finden Sie unter:  
[www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen](http://www.fes.de/fuer-ein-besseres-morgen)